

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 10.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 3 bis 9. März 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 14. März 1916.

Inhalt: Die Landtagsverhandlungen über den Gesetzentwurf, betreffend die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern, S. 193, 194, 198. — Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins, S. 194—196. — Der Einfluß des Krieges auf die großpolnische Landwirtschaft, S. 196—197. — Generalversammlung des „Związek ziemiani“, S. 198. — Die Freiheit des Papstes, S. 199. — Zur Grabowsky'schen Schrift über die polnische Frage, S. 200. — Die politische Haltung der Polen in Preußen, S. 200. — Die polnische Frage und der Bierverband, S. 201. — Der Wille Mitteleuropas, S. 202. — Kann die russische Reaktion die Polen unterstützen? S. 203. — Die polnische Frage in Rußland, S. 204. — Die Eröffnung der Duma, die Reden der russischen Minister und das Auftreten der polnischen Dumaabgeordneten, S. 205—208 und 214. — Die polnische Landwirtschaft vor neuen Aufgaben, S. 208. — Zur Sienkiewicz'schen Rettungsaktion für Polen, S. 209. — Adresse des Warschauer Fürsorgetrats an den Papst, S. 210. — Gegen den Wiederaufbau von Kalisch, S. 210. — Gerichtsverhandlung gegen Polen in Smolensk, S. 211. — „Dziennik Wileński“, S. 211. — Zur Judenfrage in Rußisch-Polen, S. 211—212. — Der deutsche Sprachunterricht in dem österreichischerseits besetzten Gebiet, S. 212. — Die Zukunft Polens, S. 213. — Der Polenklub und das Oberste Nationalkomitee, S. 214. — Die polnischen Ausgesiedelten wollen nicht arbeiten, S. 215. — Der Volschaster Iswolski in Paris und die Artikel betreffend Polens Unabhängigkeit, S. 216. — Ruthenen und Polen, S. 216. — Neue Bücher zur Polenfrage, S. 216. — Dmowski und seine Orientierung, S. 216.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 51 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 3. März 1916.**Die Polen und die Angelegenheit der inneren Ansiedlung im preußischen Abgeordnetenhaus.**

Das preußische Abgeordnetenhaus befaßte sich in der gestrigen Sitzung mit einer die polnische Volksgemeinschaft lebhaft interessierenden Angelegenheit. Man beriet nämlich den Entwurf eines Gesetzes, welches hundert Millionen Mark zur Förderung der inneren Ansiedlung durch Bildung von Rentengütern bestimmt. Es handelt sich hier in erster Linie um Weistand bei der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern auf kleinen Landparzellen. Der dieser gesetzgeberischen Aktion voranleuchtende Grundgedanke ist zweifellos lobenswert. Aber der polnischen Landtagsfraktion erwuchs die Pflicht, gewissenhaft zu prüfen, ob nicht unabhängig von der Stimmung des gegenwärtigen Moments, die hinsichtlich der Polen den „Burgfrieden“ diktiert, die Gefahr drohe, daß die in dem Gesetzentwurf geforderten Mittel sich in Zukunft gegen die Interessen der Polen wenden könnten. Die polnische Fraktion konnte nicht übersehen, daß die in dem Gesetzentwurf beabsichtigte Besiedlung sich auf das Rentengütergesetz vom Jahre 1891 stützt; dieses Gesetz aber ist, wenngleich es sich formell nicht gegen die Polen wandte, tatsächlich während einer Reihe der letzten Jahre so ausgelegt worden, daß man Polen zu Rentengütern nicht zuließ. Der § 12 dieses Gesetzes besagt nämlich, daß die Behörden einen Antrag auf Bildung eines Rentengutes ablehnen könnten, wenn Bedenken rechtlicher oder tatsächlicher Natur bestünden. Nun ist in der Praxis diese Vorschrift beständig so ausgelegt worden, daß ein tatsächliches Bedenken obwalte, sofern der Antragsteller Pole sei.

Die polnische Fraktion stellte sich mit Recht auf den Standpunkt, daß die Unterstützung des vorgelegten Hundert Millionen = Entwurfs für sie unmöglich sei, sofern das Rentengütergesetz nicht so abgeändert werde, daß jeder Auslegung zu Ungunsten der Polen ein für alle Mal der Weg versperret werde. Zu diesem Zwecke stellte der Vertreter der Fraktion schon bei den Kommissionsberatungen den Antrag, daß der einschlägige Paragraph des Rentengütergesetzes durch Hinzufügung eines Absatzes abgeändert werde, welcher besagen sollte: „Sedoch dürfen solche Bedenken nicht begründet werden

mit der Abstammung, der Muttersprache oder der politischen Tätigkeit des Rentengutnehmers.“

Die Annahme dieses Antrages würde eine klare Situation schaffen und es den Polen gestatten, für den vorliegenden Entwurf zu stimmen, der hundert Millionen zur Förderung der inneren Ansiedlung in Form von Rentengütern auswirft. Leider nahm der Landwirtschaftsminister schon in der Kommission eine dem polnischen Antrag entgegengesetzte Haltung ein. Der Minister berief sich auf die von seinem Kollegen, dem Minister des Innern, im Landtage erteilte Zusicherung betreffend die sogenannte neue Orientierung der Regierungspolitik den Polen gegenüber nach dem Kriege, und im Zusammenhange damit versicherte er selbst, daß, soweit es sich um polnische Kriegsinvaliden handele, diesen die Möglichkeit geboten werden müsse, sich in ihrer Heimatprovinz anzusiedeln. Allerdings fügte der Minister zugleich hinzu, daß die Interessen der deutschen Ansiedlung vor einer planmäßigen, polnischerseits ins Werk gesetzten Parzellierung gesichert werden müßten. Den polnischen Antrag hielt der Landwirtschaftsminister für mit der Frage einer erst nach dem Kriege zu verwirklichenden Änderung der Polenpolitik in Verbindung stehend, und darum erklärte er sich gegen seine Annahme.

Tatsächlich wurde auch der polnische Antrag in der Kommission durch eine aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen bestehende Mehrheit abgelehnt. Es wurde später noch mit den deutschen Parteien darüber verhandelt, ob sich nicht wenigstens in Form einer Resolution ausdrücklich das hervorheben ließe, was die Polen auf dem Wege einer Änderung des Gesetzes zu erreichen beabsichtigten, daß nämlich den Polen in Zukunft bei der Bildung von Rentengütern keine Schwierigkeiten gemacht würden. Aber die Mehrheitsfraktionen wollten auch in dieser Resolution von ihrem Standpunkt nicht abgehen, daß den polnischen Kriegsinvaliden zwar die Möglichkeit zur Ansiedlung in Polen geboten werden solle, daß jedoch die Interessen der deutschen Ansiedlung gesichert sein müßten.

Die polnische Fraktion war damit nicht einverstanden. In den gestrigen Plenarberatungen begründete der Abgeordnete Pfarrer Styczynski den Standpunkt der Fraktion, und er erneuerte deren grundsätzlichen Antrag auf Änderung des Rentengütergesetzes. Der Minister und die Redner der konservativen nationalliberalen Mehrheit gaben erneut ihre ablehnenden

Erklärungen ab, während die Redner des Zentrums, der Freisinnigen und Sozialdemokraten den Antrag der Polen unterstützten.

Bei der Abstimmung zeigte es sich, daß das Haus nicht beschlußfähig war. Heute wird die Abstimmung wiederholt, wobei der Antrag der Fraktion zweifellos abgelehnt werden wird. — Die Polen werden dann gegen den Gesetzentwurf stimmen.

Aus Nr. 52 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. März 1916.

Das Echo der Landtagsberatungen.

Der Gesetzentwurf, durch welchen 100 Millionen zu Zwecken der inneren Ansiedlung in Form von Rentengütern ausgeworfen wurden, ist im preussischen Abgeordnetenhaus angenommen worden. Die polnische Fraktion hat nach Ablehnung ihres Antrages betreffend die Änderung des Rentengütergesetzes im Sinne der Gleichberechtigung der Polen gegen das Gesetz gestimmt. —

Es war vorauszusehen, daß bei der heutigen zahlenmäßigen Zusammenfassung der Parteien im Abgeordnetenhaus die Aktion der Fraktion keinen Erfolg davon tragen werde; nichts destoweniger geboten jedoch grundsätzliche Rücksichten unseren Abgeordneten, eine Stellung einzunehmen, die alle Zweifel für die Zukunft beseitigte. (Die Fraktion hat durch ihr Auftreten mit Recht zu erkennen gegeben, daß sie, unabhängig von den wohlmeinenden Erklärungen und Versprechungen der Regierungsvertreter für die Zukunft, die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen durfte, heute schon in der wichtigen Angelegenheit der inneren Ansiedlung gesetzmäßige Bürgschaften für die Gleichberechtigung zu fordern.) Die Rede, welche der Abgeordnete Styczynski in Begründung des Standpunkts der Fraktion gehalten hat, war ruhig und maßvoll, aber entschieden. Sie erklärte klar und überzeugend, weshalb die polnische Fraktion in diesem Falle aus der politischen Reserve heraustreten mußte, welche die Polen im übrigen sowohl im Landtage als auch im Reichstage während des Krieges beobachteten. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache bieten wir nachstehend die Rede unseres Abgeordneten nochmals im vollen Wortlaut.

Der Abgeordnete Styczynski brachte in seiner Rede auch den Antrag des Nationalliberalen Fuhrmann zur Sprache, welcher die maßgebenden Organe des Reichs aufgefordert hatte, alle Mittel aufrecht zu erhalten und durchzuführen, die einem spekulativen In-die-Höhe-Treiben der Grundstückspreise in den vom Heere besetzten Landesteilen vorbeugen könnten. Der Antragsteller ließ sowohl in der Kommission als auch im Plenum keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er diesen Antrag im Interesse der künftigen Besiedlung der Landflächen im Osten für den Fall ihrer Vereinigung mit Deutschland gestellt hatte. — Es muß übrigens bemerkt werden, daß bereits eine Anordnung des Generalfeldmarshalls von Hindenburg und eine analoge des Warschauer Generalgouverneurs besteht, durch welche gesetzliche Abkommen betreffend das Übertragen von Grundbesitz verboten werden. Diese Verfügung begegnet sich mit der Tendenz des Antrages Fuhrmann, welcher ihre Aufrechterhaltung und wirkliche Durchführung fordert.

Der polnische Redner sprach sich gegen den Antrag Fuhrmann aus, einmal deswegen, weil er ihn als ins Bereich der Kriegsziele fallend betrachtete, die nicht besprochen werden dürfen, und zweitens, weil er in ihm eine Einschränkung des privaten Rechts der Grundbesitzer sah, die einen Verlust für sie bedeutet.

Gestern teilten wir an der Hand des Wolff'schen Bureaus mit, daß der Antrag Fuhrmann zurückgezogen

worden sei. Es ist dies wirklich geschehen; aber der Wortlaut des Antrages wurde in die Resolution der Kommission aufgenommen, und diese Resolution hat das Abgeordnetenhaus gegen die Stimmen der Polen, Fortschrittler, Sozialdemokraten und Dänen angenommen.

(Der eingeklammerte Absatz ist von der Zensur gestrichen worden.)

Aus Nr. 50 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. März 1916.

Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins.

Die diesjährigen Beratungen eröffnete heute nach einem in der Pfarrkirche auf die Intention des Vereins abgehaltenen Gottesdienst der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Zentralvereins, Herr Dr. Thadäus Szuldrzynski aus Bolechowo im weißen Saale des Hotels Bazar mit ungefähr folgender Ansprache: „Wenn wir Sie, verehrte Herren, heute nach kaum ¼ Jahr seit der letzten Generalversammlung wiederum zu einer Generalversammlung der landwirtschaftlichen Zentralvereine eingeladen haben, so geschah dies in Ihrem Sinne, weil in der letzten Versammlung sich zahlreiche unter Ihnen dafür erklärten, die nächste Versammlung wie üblich — im Frühjahr dieses Jahres abzuhalten.“

Aber auch dem Vorstand lag es daran, die Generalversammlung jetzt stattfinden zu lassen, da wir über unsere Tätigkeit Bericht erstatten und entsprechend unserer langjährigen Praxis die Generalversammlung in der üblichen Zeit abhalten wollten.

Auch diesmal haben wir Sie nur für einen Tag eingeladen, nicht etwa aus dem Grunde, weil nicht genügend Stoff für die üblichen 3-tägigen Beratungen vorhanden ist, sondern deshalb, weil wir nur zu gut wissen, daß es in der heutigen kriegerischen Zeit jedem Wirt schwer fällt, die Werkstätte seiner Arbeit für längere Zeit zu verlassen. Auf der Tagesordnung vermissen Sie sowohl die Berichte unserer Ausschüsse, als auch den Bericht des Herrn Patrons über die Tätigkeit der Bauernvereine. Dies erklärt sich dadurch, daß sowohl die Vorsitzenden der Ausschüsse, als auch der Herr Patron der landwirtschaftlichen Bauernvereine in ihren, in der Dezember-Versammlung erstatteten Berichten das Jahr 1915 mit berücksichtigt hatten.

Da mithin die Vormittagsverhandlungen, die den inneren Angelegenheiten des Vereins gewidmet sind, die uns am Vormittag zur Verfügung stehende Zeit nicht ausfüllen würden, haben wir Herrn Natalski, den Mitinhaber der uns bekannten Firma Roman May, gebeten, ein Referat darüber zu halten, wie sich die für uns so überaus wichtige Frage der künstlichen Düngemittel gegenwärtig darstellt.

Als Referate für die Nachmittagsitzung haben wir zwei Fragen gewählt, die uns heute am meisten interessieren, nämlich: die Frage der Frühaussaat und die Frage der Erhaltung unseres Inventars. — Jeder von uns ist sich darüber klar, wie sehr heute unsere Zeit mit der Berufsarbeit ausgefüllt ist. Umso größere Dankbarkeit gebührt mithin den verehrten Referenten für die Vorbereitung ihrer Vorträge.

Die verehrte Redaktion unseres „Biemianin“ tut alles, um uns in dieser schwierigen Zeit mit gutem Rat zu dienen. Sie sammelt alle Fingerzeige aus maßgebenden Kreisen, um uns die Führung unserer Wirtschaften zu erleichtern. Bringen wir der Redaktion unseren Dank dadurch zum Ausdruck, daß wir alle das Blatt abonnieren.

Über die Schwierigkeiten, denen heute der Landwirt auf Schritt und Tritt begegnet, will ich mich nicht weit und breit auslassen. Wir kennen sie alle und

legen uns klar die Rechenschaft darüber ab, wie sehr wir alle unsere Kräfte und Energie anspannen müssen, um diese Schwierigkeiten zu bekämpfen, um unsere Wirtschaften nicht in Verfall geraten zu lassen, sondern um auszuhalten, bis bessere Zeiten kommen.

Alle gemeinsamen Beratungen haben den Zweck, sich gegenseitig zu belehren und aus ihnen Mut zur weiteren Arbeit zu schöpfen. — Möge es mir gestattet sein, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß auch die heutigen Beratungen diesen Zweck erreichen mögen und daß jeder von uns reicher an Erfahrungen und gestärkt an Mut zur weiteren Arbeit auf seine Scholle zurückkehren möge.

In diesem Sinne begrüße ich Sie, verehrte Herren, und eröffne die diesjährige Generalversammlung mit der Bitte, zur Wahl eines Vorsitzenden zu schreiten."

Die Generalversammlung wählte zum Vorsitzenden der heutigen Verhandlungen Herrn Dr. Sigmund Szulbrzyński-Posen, um stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Stanislaus v. Brzeski aus Ciechlin. Zu Schriftführern wurden die Herren v. Ponikiewski aus Brylowo und M. v. Jackowski aus Wronczyn berufen.

Der stellvertretende Vorsitzende verlas sodann die Namen der im Jahre 1915 verstorbenen Mitglieder und bat, ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen zu ehren.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, die die Generalversammlung billigte, erteilte der Vorsitzende das Wort dem Vorstandsmitglied des landwirtschaftlichen Zentralvereins, Herrn Dr. v. Brodnicki, welcher über die Tätigkeit des landwirtschaftlichen Zentralvereins im Jahre 1915 Bericht erstattete. Der Referent wies auf die Schwierigkeiten hin, die der Abhaltung größerer Versammlungen im Wege stünden, wodurch sich die ganze Arbeit auf die Tätigkeit der Ausschüsse habe beschränken müssen, die ihre Aufgaben mit großem Eifer erfüllt hätten.

Der Referent zählte ferner die wichtigsten Fragen auf, mit denen sich der landwirtschaftliche Zentralverein befaßt habe. Er betonte namentlich die Frage des Zwangsverkaufs von Getreide durch bestimmte Firmen, wodurch finanzielle Schwierigkeiten entstanden seien, die der Vorstand, soweit es möglich war, zu beseitigen sich bemüht hätte. — Dank den Bemühungen des Vorstandes seien auch die Preise für Gerste erhöht worden, was die erwünschte Wirkung zeitigte.

Sodann gab der Referent der Generalversammlung die Anstellung eines ständigen Generalsekretärs des Vereins in der Person des Herrn Leon Pawinski bekannt und wies auf den mit der Feuerversicherungsgesellschaft in Stargard abgeschlossenen Vertrag hin.

Der Vorstand beabsichtigt — wie er ferner bemerkte — eine Geschichte der Landwirtschaft in der Provinz Posen während des Krieges herauszugeben und sammelt hierzu das erforderliche Material.

Zum Schluß gab der Referent einen Überblick über den Rest der Arbeiten und der Tätigkeit des landwirtschaftlichen Zentralvereins sowie über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Teilgebiet.

Nach diesem Referat verlas der Vorsitzende die Namen derjenigen Mitglieder, die ihr Nichterscheinen entschuldigt hatten.

Hierauf erstattete Herr Julian von Dziembowski den Kassenbericht des Vereins „Halina“ für das Jahr 1915, der die Kasse des landwirtschaftlichen Zentralvereins verwaltet.

Es folgte die Wahl von Vorstandsmitgliedern anstelle der der Reihe nach ausscheidenden. — Die Wahl vollzog sich durch Akklamation. Die ausscheidenden Mitglieder Leo v. Plucinski, Dr. Bogumil Hebowski und Dobrogost v. Loffow wurden wiedergewählt.

Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende das Wort dem Herrn Katakasi, der über die Vorräte an künstlichen Düngemitteln im Jahre 1916 referierte.

Der Referent bezeichnete die Frage der Stickstoffdüngemittel als die wichtigste Frage für die Landwirtschaft. An der Hand von Zahlen erklärte er den Bedarf und die Produktion dieses Düngemittels und gelangte zu dem Ergebnis, daß bei Ausbruch des Krieges der Mangel an Stickstoffdüngemitteln ein bedeutender war.

Diesem Mangel half ab die durch die Regierung unterstützte technische Produktivität, so daß in kürzester Zeit der landwirtschaftliche Bedarf wird gedeckt werden können.

Die durch eine Reihe von Jahren angestellten Versuche hätten — so bemerkte der Referent — den Beweis erbracht, daß Stickstoffdüngemittel auch aus der Luft hergestellt werden könnten und daß man sich durchaus nicht immer nach Chilisalpeter umzusehen brauche.

Die in Norwegen entstandenen Kalksalpeterfabriken vergrößerten sich von Jahr zu Jahr. Abgesehen davon fabrizierten verschiedene Fabriken nach der Methode Frank und Caron noch Kalkstickstoff. Geradezu eine Umwälzung hätte aber in der Fabrikation der Stickstoffdüngemittel die Erfindung des synthetischen Ammoniaks durch Haber hervorgerufen, eines Düngemittels der Zukunft, das viel leichter zu erzeugen sei, als die vorher genannten Stickstoffdüngemittel, die aus der Luft hergestellt würden.

Trotzdem könnte infolge des großen Bedarfes an Stickstoff für Militärzwecke alles das erst nach dem Kriege der Landwirtschaft in größeren Mengen zugeführt werden.

Zum Schluß gab der Referent einen Überblick über die Menge der im Lande hergestellten Stickstoffdüngemittel, die der Landwirtschaft nach dem Kriege zur Verfügung stehen werden. Nach Ansicht des Referenten wird der Bedarf vollkommen gedeckt werden können. Der Preis für diese Düngemittel wird so niedrig sein, daß sie durchaus imstande sein werden, mit Chilisalpeter zu konkurrieren.

Zu den Phosphordüngemitteln übergehend, bemerkte der Referent, daß nach seinem Dafürhalten vorderhand keine Möglichkeit bestehe, ihrem Mangel abzuweichen. Die Vorräte an Kaliumpräparaten zu Düngemittelzwecken seien in Deutschland unerschöpflich. Es sei in dieser Hinsicht nichts zu befürchten.

Am Schluß seiner Rede lenkte der Referent die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf die Vorschrift hin, daß der Landwirt die Lieferung von Düngemitteln zu Maximalpreisen auch dann fordern kann, wenn in dem abgeschlossenen Kontrakt höhere Preise vereinbart worden sind.

Der Vorsitzende dankte hierauf dem Referenten für seine Ausführungen und schloß die Vormittagsverhandlungen.

Aus Nr. 51 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. März 1916.

Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins.

(Schluß.)

Um 3 Uhr nachmittags eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Herr Stanislaus v. Brzeski, die Nachmittagsverhandlungen. Er erteilte das Wort dem Herrn Dobrogost v. Loffow, welcher über das Thema: „Wie sind die gegenwärtigen Vorräte an künstlichen Düngemitteln zu verteilen, was sollen wir säen und im Frühjahr 1916 anbauen“ referierte.

Der Referent wies eingangs auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die Landwirte im laufenden Jahre infolge des Mangels an künstlichen Düngemitteln und Arbeitskräften kämpfen mußten, besprach sodann die Frühjahrseinstellung und empfahl, sich in der Anwendung von Stäbstoffdüngemitteln bei dem Anbau aller derjenigen Früchte einzuschränken, die auch ohne diese Mittel einen verhältnismäßig ergiebigen Ertrag lieferten.

Von diesen Früchten nannte der Referent an erster Stelle Kartoffeln und Gerste, an zweiter Stelle alle Schotengewächse. Sommerweizen und Hafer dagegen würden ohne Beigabe von Stäbstoff nie einen angemessenen Ertrag liefern. Zucker-, Futter- und Mohrrüben bedürften gleichfalls beim Anbau des Stäbstoffdüngemittels; sie sollten vor allem bei der Verteilung der Düngemittelvorräte berücksichtigt werden.

Unter Berufung auf die Ermahnungen der landwirtschaftlichen Presse betonte der Referent die Frage des Anbaues von Schotengewächsen, die eine vorzügliche Vorfrucht für die Winterfaat bilden; er bemerkte aber, daß in der gegenwärtigen Zeit das Samen Korn außerordentlich teuer und teilweise auch sehr schlecht sei.

Was den Anbau der ölhaltigen Pflanzen: Raps, Raps und Mohn betrifft, so bemerkte der Referent, daß ihm nach dieser Richtung hin aus eigener Praxis keine Erfahrungen zur Seite stünden. Er zweifelte aber, daß in unseren klimatischen Verhältnissen sich der Anbau dieser Gewächse lohnen würde. Er empfahl dagegen den Anbau von Flachs nicht nur der gegenwärtig hohen Flachspreise wegen, sondern auch weil er eine vorzügliche Vorfrucht für die Gerste sei.

Fernerhin empfahl der Referent mehr Gerste als Hafer in diesem Jahre zu säen. Hinsichtlich des Sommerweizens erinnerte er daran, daß für seinen Anbau unbedingt Stäbstoffmittel erforderlich seien. Für leichte Böden empfahl der Referent die Loch'sche Sommerung.

In der Frage des Anbaues von Hackfrüchten wollte der Referent darüber, ob sich gegenwärtig der Anbau von Rüben oder Kartoffeln empfehle, nicht entscheiden. Er lenkte aber die Aufmerksamkeit auf die sehr teure Kartoffelausfaat einerseits und auf die sehr billige Rübenausfaat andererseits hin und bemerkte, daß die Rüben außer den Knollen noch viel Blätter lieferten, die ein ausgezeichnetes Viehfutter seien. Der große Futterertrag bei der Rübenenernte könne auf geeigneten Böden die Landwirte dazu bewegen, diese Frucht auf noch größeren Flächen als bisher anzubauen.

In der lebhaften Aussprache, die sich über das Referat entspann, erklärte man sich im Prinzip mit den Anschauungen des Referenten, die in mancher Hinsicht vervollständigt wurden, einverstanden.

Nach Schluß der Diskussion erteilte der Vorsitzende, Dr. Sigismund Szuldrzynski, das Wort dem Herrn Dr. Bogumil Hebanowski, der „über die Verhältnisse der wirtschaftlichen Nutztierhaltung in diesem Jahre“ sprach.

Seine Ausführungen stützte der Referent ausschließlich auf Erfahrungen, die er bisher in seiner eigenen Wirtschaft gemacht hatte. Das beste Zuginventar sind nach Ansicht des Referenten Pferde; seine billigste Ergänzung die eigene Pferdezeit. Trotz der durch Militärrequisitionen bedeutend kleiner gewordenen Zahl an Pferden gelang es dem Referenten dadurch, daß er dreijährige Fohlen einspannte, das Zuginventar dermaßen zu ergänzen, daß die Feldbestellung — von geringen Ausnahmen abgesehen — keine Nachteile erlitt.

Die Ergänzung des Pferdebestandes durch Ankauf hält der Referent für sehr teuer und gefährlich.

Ochsen besitzt er auf seinem Gute nicht, er hält aber ihre Verwendung überall dort für angebracht, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten. Die besten Ochsen sind nach seiner Ansicht die bayerischen Ochsen, die aber gegenwärtig im Preise sehr gestiegen sind.

Hinsichtlich der Nutztierhaltung bemerkte der Referent, daß er nur eine kleine Zahl von Kühen und nur wenig Jungvieh besitzt. In der Zeit vor dem Kriege züchtete er 40 junge Bullen, die er aber in diesem Jahre infolge des Mangels an Heu und an sonstigen Futtermitteln verkaufen mußte.

Die Schafzucht hält der Referent bei der sich andauernd verbessernden Konjunktur für lohnend. An Schweinen sind in seiner Wirtschaft infolge der ausgebrochenen Schweinepest nur soviel vorhanden, daß der eigene Bedarf gedeckt werden kann. Der Referent bemerkte jedoch, daß sich bei den gegenwärtigen Preisen die Schweinezucht rentiert.

Zu der Fütterung des Inventars übergehend, empfahl der Referent den Pferden gesundes und in der eigenen Wirtschaft hergestelltes Futter zu reichen, weil dadurch die Krankheitsgefahr verringert wird.

Für Ochsen empfahl er gleichfalls im eigenen Haushalt hergestelltes Futter unter Beigabe von Kleie und Melasse. Für Milchkühe empfahl er im Winter Weizentrockentreber und Schlempe und im Sommer Weidefutter.

Die Unterhaltung des Inventars in finanzieller Hinsicht besprechend, hielt der Referent bei Pferden die eigene Zucht für die lohnendste.

Die Viehzucht im allgemeinen erachtete der Referent in der gegenwärtigen Zeit als vorteilhaft, obwohl er in seiner Wirtschaft nur sehr wenig Vieh hält. Gleichfalls als vorteilhaft erachtete er auch die Schafzucht, die in entsprechenden Verhältnissen guten Gewinn abwirft.

Seine Ausführungen zusammenfassend bemerkte der Referent, daß er auf die Frage des Inventars unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr optimistisch als pessimistisch blicke, obwohl er sowohl nach der einen als auch der anderen Richtung hin Vorbehalte machte.

In der Diskussion wies Herr Dunin darauf hin, daß der Referent zu wenig Nachdruck auf den Wert der Schlempe als Futter gelegt hätte. Er besprach deshalb die Bedeutung dieses Futtermittels, betonte sodann die Notwendigkeit der Kartoffelverwertung in den Brennereien und trat für die Unterstützung des Brennereigewerbes ein.

Nach Schluß der Diskussion dankte der Vorsitzende, Dr. Sigismund Szuldrzynski, in herzlichen Worten den Anwesenden für ihr Interesse an den Fragen unserer Landwirtschaft und schloß die Versammlung.

Im Namen der Versammelten richtete Herr Johann v. Chlapowski an den greisen Vorsitzenden Dankesworte für seine Mühewaltung als Verhandlungsführer.

Die Teilnahme an der diesjährigen Generalversammlung war zahlreich. Die lebhafte Diskussion war ein Beweis dafür, daß der Vorstand des landwirtschaftlichen Zentralvereins aktuelle Thematzen gewählt hatte, Thematzen, die unter den Versammelten ein allgemeines Interesse hervorriefen.

Aus Nr. 52 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. März 1916.

Der Einfluß des Krieges auf die großpolnische Landwirtschaft.

Der Geistliche Professor Kasimir Zimmermann hat in den Spalten des Krakauer „Glos Narodu“ den Druck einer Serie von informativischen Artikeln

unter obigem Titel begonnen. Dem ersten Artikel geht eine allgemeine Einleitung voraus, die der Landwirtschaft gewidmet ist. Die interessanten Ausführungen unseres Soziologen geben wir nachstehend in vollem Wortlaut wieder:

Die Tatsache, daß die polnischen Landesteile im preußischen Teilgebiet mit einer im Verhältnis zum Ganzen unbedeutenden Ausnahme das Grauen des Krieges nicht kennen gelernt haben, hat angesichts der Zerstörung der beiden anderen Teilgebiete bewirkt, daß sich das Interesse für das von der Kriegsniederlage verschonte Teilgebiet darauf beschränkte, daß man nach der politischen Anschauung Großpolens fragte und Nachrichten darüber einzog, ob der bekannte, von Anfang an gleichmäßige Standpunkt aller Schichten der dortigen Volksgemeinschaft eine Änderung erfahren habe. Vor dem Kriege interessierte die beiden anderen Teilgebiete mehr als die von der großpolnischen Volksgemeinschaft betriebene Politik die soziale Wirtschaft, die sich dort entwickelt hatte — sowohl in problematischer, als auch in praktischer Hinsicht. Dieses Gebiet des öffentlichen Lebens betrachteten sowohl die Großpolen, als auch ihre Landsleute in den übrigen Teilgebieten neben der Verteidigung der Nationalität für das wichtigste, über die Existenz und die Entwicklung der Volksgemeinschaft geradezu entscheidende. Auch heute, wo das politische Leben nach außen und nach innen hin erstarben ist, hat dort nicht für einen Augenblick das Leben der wirtschaftlichen Einzel- und Sammelindividuen aufgehört, als ein Beweis der Lebensfähigkeit der Volksgemeinschaft. Trotz der Einschränkungen, welche die Verhältnisse nach sich gezogen haben, ungeachtet der durch den Krieg geschaffenen Arbeiten, ungeachtet der Mängel, welche die gewöhnliche Entwicklung hemmen, schlagen die Pulse der sozialen Organismen in alter Weise, häufen sich die Vorräte, schwellen die Kräfte, lehren die Unvollkommenheiten und Mängel mehr, als früher Worte und Beispiele — (und zugleich oder dessenungeachtet bluten alle Wunden, für welche manche Rassenangehörige heute die Augen geschlossen haben, ebenso, wie am ersten Tage, an dem sie zugefügt wurden, und alle Schmerzen tun in Herzensqual weh. Und in diesem Abgrund der Hoffnung, der Unaufhörlichkeit der Leiden, des Hungers nach Gerechtigkeit) — arbeiten dort die Leute weiter auf den Feldern, die man ihnen gelassen hat, wissend, daß, was auch rings um sie her geschehen möge und was andere über sie sagen mögen, es ihre Pflicht ist, dort zu sein und zu bleiben, wo Lech und Piast für sie das Vaterland geschaffen haben, an diesen Herden, zu deren Verteidigung die Boleslawen nach Westen und die Jagellonen nach Norden gezogen sind, — und dort zu arbeiten, damit das gemeinsame Vaterland nach dem Kriege stärker und reicher werde. Daher ist anzunehmen, daß Mitteilungen darüber erwünscht sind, wie sich in Großpolen in der Zeit des Krieges die Arbeit vollzieht, die stets, ebenso wie in Friedenszeiten, einer Arbeit in Verteidigung des Vaterlandes gleichkommt.

Der Krieg hat im ganzen Teilgebiet wie anderswo die Wirtschaftsbedingungen geändert. Sofort — mit dem Tage der Mobilmachung — büßte die Landwirtschaft die besten Kräfte und wirtschaftlichen Faktoren, die tüchtigsten Beamten im jüngeren und mittleren Alter, die kräftigsten Arbeiter, die tüchtigsten Pferde und Arbeitsochsen, die besten Wagen und Gespanne, und hier und da die Feldbahnen ein, die besonders in den letzten Jahrzehnten auf zahlreichen Gütern angelegt worden waren, um die Zugkräfte zu schonen und die Zustellungskosten der landwirtschaftlichen Produkte zu verringern. Die gewöhnlichen Arbeiter vermochte man teilweise zu ersetzen durch gesteigerte Frauen- und Kinderarbeit, sowie dadurch,

daß die Regierung die vor dem Kriege aus dem Königreich herangeholten Saisonarbeiter zum Dableiben zwang und daß die Militärbehörden den Landwirten Kriegsgefangene zur Verfügung stellten. Mehr machte sich der Landwirtschaft der Umstand fühlbar, daß die Wirtschaftsbeamten sowie die technischen Kräfte, wie Brenner, Monteure, Schmiede- und Bögge eingesetzt worden waren. Die Brennereien und Dampfpflüge wurden an vielen Stellen außer Betrieb gesetzt, sei es deswegen, weil der Brenner oder Pflugführer fehlte, oder auch wegen des Mangels an Kohlen und Benzin. Das Inventar mußte jungen, unachtsamen und mit der Aufzucht nicht vertrauten Leuten anvertraut werden, was zur Folge hatte, daß Unglücksfälle bei Menschen und Vieh vorkamen. Kleinere Wirtschaften waren insofern in einer besseren Lage, als die Familie des zum Militär Einberufenen sich leichter des Ganzen annehmen und für die Bedürfnisse des Unternehmens hinreichen konnte, auch die daheim gebliebenen benachbarten Wirte gern mit tätigem Beistand dienten. Ungeachtet dessen hat sich der Krieg auf allen Gebieten der Wirtschaft fühlbar gemacht.

(Die Aufzucht und die Haltung von Vieh, die sich in Großpolen zu einem bedeutenden Teile auf die Verwendung von Kunstfuttermitteln stützt, sogar bei den Bauern, erfuhren schon im ersten Winter Erschwerungen, da die Lieferanten überwiegend die Kontrakte nicht inne hielten und die Zufuhr von Gerste, Kleie und Leinfuchsen vom Auslande her fast vollständig aufhörte. Gegenwärtig gibt es Leinfuchsen fast überhaupt nicht mehr, und das Quantum an Kleie ist angesichts der Anordnung, 82 bzw. 75 % Mehl aus dem Getreide herauszuziehen, sehr klein. Außerdem hat sich infolge der den Brennereien auferlegten Beschränkung des Spiritusbrennrechts die Menge der Schlempe verringert, die den Brennereibesitzern als Futter für das Inventar dient.

Am meisten hat sich jedoch das Verbot der Verwendung von Getreide als Futtermittel für das Vieh fühlbar gemacht. Erwägt man, daß bisher fast $\frac{1}{4}$ der Roggenproduktion für diesen Zweck verwendet wurde, dann kann man sich vorstellen, in wie bedeutendem Maße durch das erwähnte Verbot das Quantum dieses Futtermittels verringert wurde.

Durch eine weitere Verfügung ist es untersagt worden, Hafer und Hafermehl als Viehfutter zu bestimmen. Für die Pferde gestattete die Regierung zwar von der Haferernte täglich $1\frac{1}{2}$ Kilogramm zu verwenden, und von der Gerstenernte überließ sie den Wirten 50 %, sodaß ein gewisser Teil der Gerste nach Abzug des zur Aussaat erforderlichen Quantums verfüttert werden können; aber ungeachtet dessen wird ein rationelles Durchhalten des Inventars bis zur künftigen Ernte mit geringen Ausnahmen nicht möglich sein. Die Futterpflanzen nämlich — Klee und Serradella — haben hier und da versagt. Der wichtigste erste Heuschnitt war wegen der Dürre im allgemeinen sehr gering; er betrug nämlich $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ des normalen; nur der zweite Schnitt war gut.

Die erreichbaren Futterjurrogate, besonders das Zuckerrübenfutter, auf das man anfangs in den Kreisen der Landwirte viel Hoffnung setzte, erwies sich in der Praxis als minder vorteilhaft. Ein Übermaß an Zuckerrüben schwächt den Organismus der Pferde. Bei dem Rindvieh ruft es eine sehr gefährliche Erweichung der Knochen hervor; die Schweine aber kann man durch dieses Mittel auf keine Weise zu einem entsprechenden Gewichte bringen, und Speckproduktion ist bei Zuckerrüben ausgeschlossen. Das einzige Futtermittel, das in hinreichender Menge vorhanden ist, sind Kartoffeln.)

(Die eingeklammerten Absätze sind von der Zensur gestrichen worden.)

Aus Nr. 52 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. März 1916.

Der Bund der (polnischen) Landwirte, Związek Wziemian, G. m. b. H. in Posen wird seine Generalversammlung am Donnerstag, den 16. d. Mts., um 4 Uhr im eigenen Lokal, Hindenburgstraße 10, abhalten. Die Geschäftsordnung enthält nur die üblichen Berichte. Aus dem Aufsichtsrat scheiden nach ihrer Anziennität aus die Herren Bogdan v. Amrogowicz aus Rzeszynek, Kasimir v. Grabowski aus Bietka, Wladislaus v. Grabski aus Kurcow und Vincent v. Niemojewski aus Slinwniki.

Aus dem uns übersandten Bericht für das Jahr 1915 ersehen wir über den Verlauf der Geschäfte der Genossenschaft folgendes:

Die gegenwärtigen durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse üben auf den Geschäftsgang des Bundes der Landwirte ihren Einfluß aus. Das zuverlässigste Symptom des Bankverkehrs, der gesamte Kassenumsatz, erreichte — wie wir in dem Bericht lesen — in diesem Jahre kaum die Hälfte des Umsatzes der vorhergehenden Jahre. Zurückhaltung in der Gewährung von Kredit und die Ansammlung von Vermitteln verminderten den Gewinn von Zinsen. Aus Finanzgeschäften, aus Hypothekenregulierungen, ferner aus Vermittlung von Gutsverkäufen wurden früher Gewinne erzielt, welche bisweilen eine bedeutende Ziffer in der Bilanz ausmachten, jetzt aber nur eine minimale Quote bilden. Der ansehnliche Gewinn, der in der Bilanz für das gegenwärtige Jahr eingestellt ist, rührt aus dem lebhaften Umsatz von landwirtschaftlichen Artikeln her, aus einem Gebiet, mit welchem wir uns früher weniger befaßten. Außerdem ist, wie wir aus dem Bericht ersehen, das Ressort für eine korrekte Buchführung erweitert worden.

Aus den in dem Geschäftsbericht aufgeführten Zahlen bieten wir nachstehend die wichtigsten (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr):

An Mitgliedern zählte die Genossenschaft Ende 1915 545 (551), welche Anteile in einer Gesamthöhe von 330 615 M. (309 175) besitzen. Die Reservefonds wuchsen auf 333 390 M. (289 369). An Depositen waren 3 729 640 M. (3 586 532) vorhanden. Der Gesamtumsatz betrug 22 385 983 M. (33 197 279), das Zinsenkonto 74 596 M. (74 852), das Provisionskonto 66 854 M. (41 724). Für Verwaltungs- und Geschäftskosten wurden 9 615 M. (77 371) ausgegeben. An Gewinn zur Verfügung der Generalversammlung verblieben nach Überweisung von 10 456 M. (10 989 zum Reservefonds 77 566 M. (69 871), wovon beabsichtigt wird, eine Dividende von 4 Prozent (5) zu verteilen unter Überweisung des Restes von 12 500 M. (33 273) zum Spezialreservefonds, dem Fonds für zweifelhafte Ansprüche 30 000 M. (—), sowie außer einigen geringfügigen Quoten zum Vortrag auf das künftige Jahr 21 770 M. (16 000).

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 28 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 7. März 1916.

Polnische Angelegenheiten im preußischen Abgeordnetenhaus.

Am letzten Mittwoch entspannen sich ganz unverhofft im preußischen Abgeordnetenhaus Verhandlungen über polnische Angelegenheiten. Die polnischen Abgeordneten haben im preußischen Abgeordnetenhaus seit Anbeginn des Krieges alles gemieden, was ihnen den Vorwurf einbringen könnte, daß sie trotz des Krieges nicht bemüht seien, den „inneren Frieden“ zu wahren, wofür die polnische Bevölkerung nach dem Kriege schwer büßen könnte. Ein solches

Verhalten der Landtagsabgeordneten konnten wir nur loben, denn auch die „Gazeta Grudziadzka“ hält sich an diesen Grundsatz; sie schreibt nichts, das die Gegner des polnischen Volkes nach dem Kriege zum Nachteil dieses Volkes ausnutzen könnten. — Sie tut das insbesondere deshalb, weil ja die preußische und die deutsche Regierung versprochen haben, daß nach dem Kriege eine neue Orientierung, d. h. eine Änderung der antipolnischen Politik eintreten solle. Weder die polnischen Abgeordneten noch die polnischen Zeitungen können so verfahren, daß nach dem Kriege irgend jemand sagen könnte: Ihr seid während des Krieges nicht so aufgetreten, wie es das Interesse des preußisch-deutschen Staates verlangt hat, ihr habt den sogenannten „inneren Frieden“ nicht gewahrt; ihr seid deshalb nicht würdig, daß die antipolnische Politik aufgegeben wird.

Es gibt jedoch bei allem gewisse Grenzen, sowohl für die Zeitungen wie auch für die Abgeordneten. Unsere Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus befanden sich plötzlich ganz ohne ihre Schuld, einzig und allein durch die Schuld der Parteien, welche die preußische Regierung zur antipolnischen Politik trieben, in einer solchen Lage, daß sie aufhören mußten, weiterhin zu schweigen und genötigt waren, die Verhandlungen polnischer Angelegenheiten im Landtage hervorzurufen.

Die Ursache war folgende: Die Regierung legte dem Abgeordnetenhaus ein Projekt für die Änderung des Gesetzes betr. bäuerliche Rentenstellen vor. Auf Grund der in Vorschlag gebrachten neuen Vorschriften sollten hundert Millionen als Zwischenkredit für die Unterstützung der inneren Kolonisation durch Schaffung von bäuerlichen Rentenstellen Verwendung finden. Vor allen Dingen wird es sich um das Ansiedeln von Kriegsteilnehmern auf diesen bäuerlichen Stellen oder Rentenbesitzungen handeln.

Die Sache an sich ist sehr gut und lobenswert. Weil es sich hier aber um eine Änderung des Gesetzes betreffend die bäuerlichen Rentenstellen vom Jahre 1891, also in jedem Falle um neue Vorschriften handelte, so mußte auch die polnische Fraktion darauf achten, daß die polnischen Kriegsteilnehmer von den Wohlthaten dieses Gesetzes nicht ausgeschlossen würden, daß sich also diese neuen Vorschriften nicht ebenso gegen die Polen wendeten wie f. Bt. das ganze Gesetz über die bäuerlichen Rentenstellen. Dieses Gesetz enthielt keinerlei antipolnische Vorschriften. Anfangs hatten die Polen aus ihm ebenfalls Vorteile — doch nach 4 Jahren wurde dieses Gesetz bei seiner Anwendung zu einem ausdrücklich antipolnischen. Man ließ nach 4 Jahren die Polen zur Erwerbung von Rentenstellen nicht zu, man machte es den polnischen Bürgern unmöglich, ihre Besitzungen unter Polen aufzuteilen.

Die polnische Fraktion stellte sich mit Recht auf den Standpunkt, daß die Unterstützung des hundert Millionenprojektes für sie unmöglich sei, wenn das Gesetz betr. die bäuerlichen Rentenstellen nicht eine solche Änderung erfährt, daß seine Auslegung zum Nachteil der Polen ein für allemal unmöglich wird. Zu diesem Zwecke stellte der Vertreter der polnischen Fraktion, Abgeordneter von Trampczyński, bereits bei den Kommissionsberatungen den Antrag, daß der betreffende Paragraph des Gesetzes betr. die bäuerlichen Rentenstellen geändert wird und zwar durch die Ergänzung des nachstehenden Zusatzes: „Es ist jedoch nicht gestattet, dergleichen Bedenken durch das Religionsbekenntnis, die Abstammung, Muttersprache oder die politische Tätigkeit der sich um bäuerliche Rentenstellen bewerbenden Person zu begründen.“

Wenn die Kommission diesen polnischen Antrag angenommen hätte, dann wäre es nicht mehr möglich gewesen, das Gesetz zum Nachteil der Polen anzuwenden, und die polnischen Abgeordneten hätten dann

für die Änderung dieses Gesetzes stimmen können. Die konservative, die freikonservative und die national-liberale Partei machten jedoch Schwierigkeiten, und infolgedessen erklärte sich auch der Landwirtschaftsminister gegen den polnischen Antrag.

Der Minister berief sich auf die Versicherung des Ministers des Innern hinsichtlich der sogenannten neuen Orientierung der Politik der Regierung gegenüber den Polen nach dem Kriege und versicherte, daß, soweit es sich um polnische Kriegsinvaliden handele, diesen die Möglichkeit gegeben werden müsse, sich in ihrer Heimat anzusiedeln. Aber von den Kriegsteilnehmern und von der gesamten polnischen Bevölkerung sprach er bei dieser Angelegenheit nicht. Der Landwirtschaftsminister erachtete den polnischen Antrag als zur Frage der Änderung der polnischen Politik gehörig, welche die Regierung erst nach dem Kriege verwirklichen will. Deshalb erklärte er sich gegen die Annahme dieses Antrages. Und dieser Antrag wurde auch in der Tat abgelehnt.

Trotzdem zeigten die polnischen Abgeordneten viel guten Willen; sie wollten sich gegebenenfalls zufrieden geben mit der feierlichen Erklärung der Mehrheitsparteien und der Regierung, der Erklärung, durch welche den Polen die Garantie geboten wird, daß man bei Schaffung von Rentenstellen der polnischen Bevölkerung keinerlei Schwierigkeiten machen werde. Aber die Mehrheitsparteien wollten in einer solchen Erklärung durchaus die Beschränkung aufgenommen haben, daß die Interessen der deutschen Kolonisation gesichert würden. Die polnische Fraktion mußte daher trotz besten Willens die Angelegenheit vor das Plenum des Landtages bringen.

Es wäre eine natürliche Sache, wenn die polnische Fraktion — gereizt durch den Widerstand der Mehrheitsparteien und unter dem Eindrucke, daß diese Parteien (die konservative, die freikonservative und die nationalliberale) augenscheinlich auch nach dem Kriege den antipolnischen Kampf nicht aufgeben wollen — im Landtage scharf aufgetreten wäre. Vielleicht hat die völlig natürliche Reizung manchen polnischen Abgeordneten zu einem solchen scharfen Hervortreten gedrängt, denn er mußte die Überzeugung gewinnen, daß die den Polen feindlichen Parteien der Regierung Schwierigkeiten machen werden, wenn sich diese nach dem Kriege an die Beseitigung der antipolnischen Gesetze heranmachen würde. Die polnische Fraktion ließ sich aber nur vom kühlen Verstande leiten. Der polnische Redner sprach so sachlich und ruhig, daß selbst das den Polen feindliche Blatt die „Tägliche Rundschau“ betont, daß diese polnischen Verhandlungen friedlich geführt gewesen seien.

Die polnische Fraktion trat auch in anderer Hinsicht sehr klug und politisch auf. Die oben erwähnte „Tägliche Rundschau“ stellt nämlich fest, daß die polnischen Abgeordneten bereit gewesen wären, an die Aufrichtigkeit der guten Absichten der preußischen Regierung zu glauben, daß sie aber auf keinen Fall auf den Worten und Versprechungen der Mehrheitsparteien hätten beharren wollen.

Die Schärfe der Ausführungen des polnischen Redners, des Abgeordneten und Geistlichen Styczynski, war auch tatsächlich gegen jene Parteien gerichtet, weniger dagegen gegen die Regierung. Die Folge des so sehr gemäßigten Auftretens der polnischen Fraktion war, daß sich für den polnischen Antrag das Zentrum und die Freisinnigen erklärt hatten, die in der Kommission für diesen Antrag nicht gestimmt haben. Und als schließlich im Abgeordnetenhaus über den polnischen Antrag abgestimmt wurde, konnte der Landtagsmarschall nicht recht feststellen, ob die Mehrheit für oder gegen den Antrag ist. Er mußte die Abstimmung

durch die Teilung der Abgeordneten in zwei Gruppen vornehmen, wobei es sich zeigte, daß 79 Abgeordnete für und 87 Abgeordnete gegen den Antrag waren. Und so hätte denn der polnische Antrag beinahe die Mehrheit erlangt, was seit 20 Jahren im preußischen Abgeordnetenhaus nicht mehr der Fall war. Der Umstand, daß außer den Polen das Zentrum, die Freisinnigen, die Dänen und die Sozialdemokraten für den polnischen Antrag gestimmt haben, war der beste Beweis dafür, daß das Verfahren der polnischen Fraktion keine eitle Demonstration war. Der zweite polnische Redner, der Abgeordnete v. Trampczynski, tat dar, wie die Mehrheitsparteien die polnische Fraktion zu jenem Auftreten förmlich gezwungen hätten.

Aus Nr. 18 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 12. Februar 1916:

Unter der Überschrift

„In Sachen der Freiheit des heiligen Vaters“

schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Die italienischen Minister halten nunmehr in öffentlichen Versammlungen Reden. Vor kurzem sprach der Justizminister Orlando in Palermo; er bemühte sich, die Hörer zu überzeugen, daß das in Italien bestehende sogenannte Garantiefgesetz gerecht sei. Die Liberalen und Freimaurer strengen sich in den öffentlichen Versammlungen an, jenes „Garantiefgesetz“ vor einer Änderung zu bewahren. In diesen Tagen erklärte der Abgeordnete Mosca, daß die Italiener dafür sorgen müßten, daß der Papst am künftigen Friedenskongresse nicht teilnähme, weil solches die Sicherung der Zukunft Italiens erheische. Wenn sich Italien mit der Beteiligung des heiligen Vaters an dem künftigen Friedenskongresse einverstanden erklären würde, dann könnten die Gegner Italiens aus der Gelegenheit Nutzen ziehen und aus dem Garantiefgesetz, welches dem Papste die Freiheit gewährt, eine internationale Sache machen. Jener Italiener befürchtet, daß die Staaten, welche am zukünftigen Friedenskongresse teilnehmen werden, dem heiligen Vater die Freiheit und die politische Unabhängigkeit wiedergeben könnten, welche die Päpste bis zum Jahre 1870 besaßen.

Gegen das Garantiefgesetz haben in energischer Weise alle Päpste protestiert und zwar von Pius IX. ab. Der gegenwärtige heilige Vater, Benedikt der XV., protestierte gegen dieses Gesetz öffentlich am 6. Dezember 1915. Die Katholiken der ganzen Welt können das Garantiefgesetz weder als Gesetz noch als eine Bürgschaft anerkennen. Als ein Gesetz können sie es deshalb nicht anerkennen, weil man über eine geraubte Sache ohne Willen, ja sogar gegen den Willen des Beraubten verfügt. Als Garantie können sie es auch nicht ansehen. Denn wer garantiert denn eigentlich, etwa eine internationale Abmachung? Nein! Die Italiener haben doch mit anderen Staaten keinerlei Abmachung getroffen. Wer garantiert somit? Italien allein! Welchen Wert diese ihre Garantie hat, zeigen die Fälle, die sich nach dem Beschlusse des in Rede stehenden Gesetzes gezeigt haben. Die Person des Papstes sollte heilig und unantastbar sein. Trotzdem gingen die Rufe „fort mit dem Papste“ ungestraft dahin.

Der Papst sollte in der Ausführung seines apostolischen Amtes völlige Freiheit genießen. Trotzdem mußte er die Enzyklika vom 1. November 1870 in Genf drucken, denn in Rom fehlte ihm dazu die nötige Freiheit; und als sie sich in den Tagesblättern zeigte, wurde sie von der Regierung sofort konfisziert.

Es kam auch vor, daß Personen, die aus dem Vatikan zurückkehrten, einer Revision unterzogen wurden, worüber sich der Papst schon am 29. September 1870 beschwerte.

Raum war der Kriegszustand in Italien eingetreten, da wurde nicht allein die politische, sondern auch die rein kirchliche Verbindung des Papstes mit der Welt abgeschnitten. Die politische Stellung der bei ihm bestellten Abgeordneten wurde praktisch unmöglich.

Die Selbständigkeit des Papstes, von der bisher die Rede war, erschöpft jedoch nicht die römische Sache. Die internationale Stellung des heiligen Vaters stützt sich vor allen Dingen auf seine geistliche Macht.

Die Bedeutung des Papstes erstreckt sich über alle Länder und Völker, was insbesondere im gegenwärtigen Weltkriege so segensreich empfunden wird. — Eine Viertelmilliarde römischer Katholiken auf der ganzen Erdoberfläche hat doch wohl das Recht zu verlangen, daß, sobald vom Papste die Rede ist, die Aufmerksamkeit vor allen Dingen darauf gelenkt wird, welche Bedeutung er für die Katholiken hat. Er ist der Stellvertreter Christi auf Erden, somit mit der höchsten Behörde verbunden. Sein Land ist die ganze Erde, wo nur die Lehre Christi gepredigt wird.

Wiewohl die Kirche eine überirdische Aufgabe hat, so arbeitet sie doch für die Erdenwesen. Sie hat somit das angeborene Recht, sich für ihre göttlichen Ziele materieller Mittel zu bedienen, nicht zur Befriedigung der irdischen Herrschaft, sondern zur Vollziehung des Werkes Gottes in den Seelen der Menschen. Und das gerade ist jene mittelbare Macht der Kirche über das, was irdisch, weltlich und zeitlich ist.

Die Stellung des Papstes, der das apostolische Amt über alle Zeiten, Länder und Völker ausübt, verlangt völlige Freiheit und Unabhängigkeit in der Ausübung seines Amtes. Der Papst kann nicht Untergebener eines Fürsten sein, denn er ist der geistliche Vater aller katholischen Fürsten.

Die Lösung dieser Sache nach dem Kriege wird ohne Zweifel schwierig sein, sie wird schwieriger sein wie im Jahre 1815, und der künftige Friedenskongreß wird sich mit ihr zu befassen haben. Schon zu lange blutet die offene Wunde an dem Organismus des Katholizismus, die ihm am 20. September 1870 zugefügt ward.

Ob der kirchliche Staat zurückgegeben, ob die internationale Stellung des heiligen Stuhles auf andere Weise gewährleistet werden wird, ob die Anschauungen des künftigen Friedenskongresses so oder so sein werden, die Teilnehmer des Kongresses müssen sich doch sagen: Der Papst muß frei sein!

Wird die Stimme der Katholiken das zukünftige Friedenstribunal erreichen? Und wird sie, wenn es sie erreicht, Gehör finden? Das wissen wir nicht. Mit Vertrauen aber wenden wir uns an das Tribunal dessen, der der König aller Könige und der Herr aller Herren ist. Das demütige und vertrauensvolle Gebet der Kinder seiner Kirche wird ihn sicherlich erreichen. Vertrauen wir darauf, daß die Stimme erhört werden wird. Vertrauen wir, daß die Mitglieder des zukünftigen Friedenskongresses mit dem Geiste der Gerechtigkeit erfüllt und Gehör schenken werden den lauten Forderungen der ganzen katholischen Welt und ihres Hauptes, des heiligen Vaters Benedikt XV., der am 1. November 1914 gesagt hat: „Mit dem herzlichen Wunsche nach möglichst baldigem Frieden verbinden wir den Wunsch, daß das Haupt der Kirche nicht weiterhin in dieser unnatürlichen Lage verbleiben möge, in der Lage, die auch dem Frieden der Völker in vieler Beziehung überaus schädlich ist.“

(Der Artikel, hier nur verkürzt wiedergegeben, ist in seinem ganzen Umfange von der Zensur gestrichen worden.)

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 48 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 29. Februar 1916.

Die polnische Frage.

Das Blatt gibt einen Auszug aus dem Dr. Adolf Grabowsky'schen Werke „Die polnische Frage“ wieder und bemerkt hierzu:

Soweit Herr Grabowsky über die polnische Frage. Dieser Herr wird die polnische Frage gewiß nicht lösen und seine Stimme wird, wenn das Schicksal Polens zur Entscheidung kommt, gewiß nicht gewichtig sein. Wir haben seine Worte nur deshalb angeführt, um unsere Leser zu informieren, wie die Zukunft Polens in den Köpfen verschiedener deutscher Politiker aussieht. Der Reichstagsabgeordnete Heine wiederum sagte in der Sitzung am 18. Januar 1916: Ich habe stets den peinlichen, ich möchte beinahe sagen beschämenden Eindruck, daß wir das Bild der Jäger darstellen, die sich um das Fell des Bären streiten, der noch gar nicht erlegt ist.

Wie das künftige Schicksal Polens aussehen wird, kann heute noch niemand sagen, weder der klügste deutsche Politiker noch das phantasiereichste Mitglied des galizischen Nationalkomitees. Deshalb schweigt sich auch die deutsche Regierung, der man eine Kenntnis der polnischen Frage nicht absprechen kann, über die Lösung der polnischen Frage aus. Das Schicksal Polens ruht in stärkerer Hand, denn es wird von Gott geleitet.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 49 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 29. Februar 1916.

Über die politische Haltung der Polen im preussischen Staate

schreiben in Zeitungen und Broschüren verschiedene deutsche Politiker. Der Reihe nach haben Professor Schmoller, der freisinnige Abgeordnete Raumann, der Zentrumsführer Dr. Julius Bachem, der bekannte Geistliche Feja aus Oberschlesien u. a. das Wort ergriffen. Alle diese Stimmen haben eins gemein: sie möchten die in Warschau ausgestellten Wechsel in Polen, Danzig und Oppeln zahlbar machen und verwickeln auf diese Weise die Frage der Polen und Bürger des preussischen Staates und des Deutschen Reichs mit der Frage der Polen, die heute noch russische Staatsbürger sind, und entsprechend dem internationalen Recht in Deutschland als feindliche Untertanen betrachtet werden.

Es versteht sich von selbst, daß uns jetzt das, was in Warschau geschieht, nicht gleichgültig sein kann, während wir früher die Art und Weise der englischen Herrschaft in dem eroberten Transvaal mit Interesse verfolgten. Jede gute Nachricht aus Warschau freut uns sogar. Verbinden uns doch mit dieser Stadt außer historischen Erinnerungen auch die Gemeinsamkeit der Sprache und der Religion. Aber weder haben wir die Möglichkeit, auf die Lage und das Verhalten Warschaus einzuwirken, noch kann Warschau einen Einfluß auf uns ausüben. Wir begreifen deshalb nicht die Forderungen, die in Bezug auf Warschau an uns gestellt werden, zumal wir nicht einmal genau wissen, wie es in Warschau aussieht, weil uns die Kriegsnotwendigkeit die Ostgrenze des Deutschen Reichs dicht verschließt und weil auch aus Warschau Sozialpolitiker zu uns nicht herüberkommen.

Aber selbst, wenn die Möglichkeit bestehen würde, daß Warschau auf die Polen im preussischen Teilgebiet

einen Einfluß ausüben könnte, so würde dies trotzdem unsere politische Haltung nicht ändern.

Denn was sollte sich auch bei uns ändern?

Insofern es sich um einen Standpunkt, der durch Taten bewiesen werden muß, handelt, so wird wohl niemand von den Deutschen eine andere Haltung von uns verlangen, denn die Polen tragen ebenso wie die deutsche Bevölkerung ohne Murren die Lasten des Krieges. Unsere Söhne und Brüder vergießen ihr Blut für das Deutsche Reich und die deutsche Sache auf allen Schlachtfeldern. Sie begnügen sich nicht nur damit, die Befehle strikt auszuführen, sondern zeichnen sich oft neben der Erfüllung ihrer Dienstpflicht noch durch Tapferkeit und namentlich durch Aufopferung für ihre Vorgesetzten und Waffengefährten aus. Sie tun dies nicht nur, weil sie von dem ritterlichen Geist ihrer Vorfahren befeelt sind, sondern auch in dem unerschütterlichen Glauben, daß sie mit ihrem Blut für sich und die Ihrigen alle bürgerlichen Rechte und die Freiheit der wirtschaftlichen kulturellen Entwicklung in den Grenzen und unter dem Schutz des Deutschen Reiches erkämpfen werden. Indem unsere Krieger das Gewehr zur Hand nehmen, sagen sie sich, daß sich ihnen jetzt Gelegenheit bietet, den Deutschen zu beweisen, daß die Anhänglichkeit zur Muttersprache und zu den angeborenen Sitten und die Verehrung der eigenen Vergangenheit den Polen in der Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten gegenüber dem Staate, dem sie durch den Gang der politischen Ereignisse angehören, nicht hinderlich sind.

Es ist Sache des Staates, welchen Standpunkt er in der Zukunft den Polen gegenüber einnehmen will; es ist Sache des deutschen Volkes, sich entweder dafür zu erklären, daß im Deutschen Reiche nur Platz für die Deutschen und für die deutsche Sprache ist, oder zu entscheiden, daß die Zugehörigkeit zum deutschen Reiche den Polen nicht die Möglichkeit nimmt, ihre Sprache und ihre kulturelle Eigenart zu pflegen. Dieser letzteren Richtung sollen in Deutschland unsere Taten das Übergewicht verleihen, Taten, denen gegenüber unsere bis vor kurzem noch größten Feinde, wie z. B. der Führer der Nationalliberalen Bassermann, erklärt haben, daß sie einwandfrei seien.

Das Betreten des Gebiets der Empfindungen der Volksgesamtheit ist immer eine sehr undankbare Aufgabe; sie ist umso undankbarer, wenn die Volksgesamtheit infolge des Kriegszustandes zu schweigen gezwungen ist. Es steht aber fest, daß trotz der Vervollkommenung der Heizapparate des Warschauer „Bristol“ diese die Temperatur in den Salons des Posener „Bazar“ nicht erhöhen werden, sondern daß man diese Salons an Ort und Stelle heizen muß. Unsere Herzen, an Disziplin und Legalität gewöhnt, schlagen ihren eigenen Rhythmus, der unabhängig ist von der Leitung jenseits der Grenzpfähle, ganz gleich, ob der Leiter ein „feindlicher“ Pole in Warschau oder ein „verbündeter“ Pole in Krakau ist.

Aus Nr. 53 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 5. März 1916.

Die polnische Frage und der Bierverband.

Die polnische Fraktion in der russischen Duma hat, — Nachrichten Berliner Blättern aus Stockholm zufolge — beschlossen, während der Dumaberatungen mit keiner grundsätzlichen Erklärung in der polnischen Frage hervortreten, weil sie diese Frage heute als eine internationale und nicht als eine innere Angelegenheit Rußlands betrachtet. Diese Haltung der polnischen Abgeordneten in Petersburg wird höchst wahrscheinlich in der ganzen polnischen öffentlichen Meinung in der Heimat ungeteilte Zustimmung finden. Sie wird dazu beitragen, den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den natur-

gemäß das unzeitgemäße und unglückliche Hervortreten des Abgeordneten Garusiewicz hervorrufen mußte. In einer Zeit nämlich, in welcher die riesige Mehrheit der Volksgesamtheit in der Heimat angesichts der völlig unsicheren Zukunft sich in keine unfaßbare politische Kombinationen einlassen will, kann die frühere Vertreterschaft des Königreichs Polen in der russischen Duma, die heute durch den Gang der Ereignisse in keiner Berührung mehr mit der Heimat steht und die über die dort herrschende öffentliche Meinung durchaus nicht informiert ist, keine Politik auf eigene Faust treiben und im Namen des polnischen Volkes sprechen.

Die Reserve, die sich heute freiwillig die polnische Fraktion in der Duma auferlegt hat, scheint ein Beweis dafür zu sein, daß auch sie sich hinreichend darüber klar ist, weshalb ihre gegenwärtige Rolle so überaus schwierig und delikate ist, worauf übrigens schon wiederholt auch die polnischen Blätter in Rußland hingewiesen haben. Diese Reserve war im Gegensatz zu den loyalen Versicherungen in Bezug auf die traditionellen Bande, die Polen mit Rußland vereinigen, doppelt angebracht, wenn sich die im Ausland umlaufenden Gerüchte bewahrheiten, daß die letzten bekannten Erklärungen Sazonows in der polnischen Frage nicht ein selbständiger Akt der russischen Regierung waren, sondern erst unter dem Druck seiner westlichen Verbündeten abgegeben worden sind. Es ist nämlich klar, daß in diesem Falle eine grundsätzliche polnische Erklärung auf die Rede Sazonows und jedes selbstständige politische Hervortreten der polnischen Politiker an der Niewa im Namen des ganzen polnischen Volkes eine umso größere politische Bedeutung gehabt hätte und eine umso schlimmere Unvorsichtigkeit gewesen wäre.

Es bleibt selbstverständlich ein Geheimnis für die breitere Allgemeinheit, ob sich hier die Westmächte und namentlich Frankreich wirklich darum bemüht haben, einen unmittelbaren Einfluß auf Rußland in der polnischen Frage auszuüben. Die Tatsache als solche würde nicht die erste in der Geschichte sein. Zwar konnte seit dem Eingehen des Bündnisses mit dem mächtigen Zar die französische Regierung in ihren früheren Sympathien für Polen nicht zu weit gehen, umso weniger, als die polnisch-russische Verständigung Frankreich recht war und von ihm als ein in der allgemeinen politischen Lage günstiger Faktor angesehen wurde, versuchte sie aber trotzdem, allerdings ohne größeren Erfolg, schon vor dem Kriege die russische Regierung zu einer mehr versöhnlicheren Politik mit den Polen zu bewegen. Es unterliegt überdies keinem Zweifel mehr, daß das bekannte Manifest des Großfürsten namentlich unter dem Einfluß der Westmächte herausgegeben worden ist. Seit einiger Zeit bildet für die französische öffentliche Meinung das Schicksal Polens wiederum den Gegenstand allgemeinen Interesses und teilweise auch ernster Befürchtungen. Ihre Grundlage ist das übrigens auch in der Sazonowschen Rede erwähnte Gerücht, daß die deutsche Regierung dem Königreich Polen für einige Hunderttausend Rekruten, die das Königreich gegenwärtig für das deutsche Heer zu stellen hätte, die Unabhängigkeit versprochen haben soll.

Auf welcher Grundlage diese Kombination entstanden ist, ist unbekannt. Es genügt, daß sie gegenwärtig in der ganzen französischen Presse zu finden ist und daß sie auch der italienischen und schweizerischen Presse zu ernstern Betrachtungen über die Lösung der polnischen Frage Anlaß gibt.

Wir haben vor kurzem im „Dzienn. Berl.“ die Äußerung des sozialistischen Blattes „Humanite“ veröffentlicht, in welchem gefordert wurde, daß der Bierverband — ähnlich wie gegenüber Belgien — auch gegenüber Polen mit einer feierlichen Erklärung, der ihm die Unabhängigkeit und die freie nationale Entwicklung sichert, hervortreten soll. Dieses Projekt

der Anlehnung der Zukunft Polens an gemeinsame Garantien der Vierverbandsmächte hat in einem bestimmten Teil der französischen und italienischen öffentlichen Meinung eine freundliche Aufnahme gefunden und wird dort sehr lebhaft besprochen. Aber die Proklamierung der völligen Unabhängigkeit Polens durch die französische öffentliche Meinung mußte in Rußland einen unangenehmen Eindruck hervorrufen. Deshalb hat auch, wie schweizerische Blätter aus Paris berichten, der dortige russische Botschafter, Herr Jzwolski, in dieser Frage bei der französischen Regierung Schritte unternommen, auf Grund welcher die Zensur den französischen Blättern das Sichbefassen mit der Unabhängigkeit Polens, ohne hierzu die vorherige Genehmigung des russischen Botschafters eingeholt zu haben, verboten hat, und zwar deshalb, weil dies eine Einmischung in innere russische Angelegenheiten sein würde. Daraus könnte gefolgert werden, daß sich die französische Regierung ohne weiteres den Forderungen des Botschafters gegenüber nachgiebig gezeigt hat.

Trotzdem scheint dieses Ereignis eine tiefere Unterlage zu haben. Wie nämlich das in politischen Fragen gewöhnlich gut informierte „Journal de Geneve“ mitteilt, „soll es zwischen Frankreich und Rußland zu gewissen Unstimmigkeiten in der polnischen Frage gekommen sein, die hervorzuheben es sich nicht lohnen würde, wenn die Frage, um die es sich handelt, nicht eine außergewöhnliche Bedeutung für die Zukunft des Vierverbandes hätte.“

Aus dieser lakonischen Bemerkung des dem Vierverband sehr wohlwollenden schweizerischen Blattes kann man hinsichtlich des wirklichen Inhalts und der Natur dieser „Unstimmigkeit“ nicht viel herauslesen. Es drängt sich aber von selbst die Annahme auf, daß diese Unstimmigkeit in ursächlichem Zusammenhang mit den Bemühungen des Jzwolski einerseits und mit den Erklärungen des Sazonow anderseits stehen muß. Soweit man nämlich aus dem nicht sehr umfangreichen und nicht immer glaubhaften Material in dieser Frage Schlüsse ziehen darf, muß angenommen werden, daß sich die russische Regierung allerdings durch die Vermittelung des Herrn Jzwolski darum bemüht hatte, den Mund der ihr unangenehmen französischen Presse zu stopfen, daß sie aber, indem sie sah, wie sich die öffentliche Meinung in den verbündeten Staaten — in Frankreich und Italien — für die Zukunft Polens, allerdings nicht so sehr aus Liebe zu ihr, als mit Rücksicht auf jene Hunderttausende polnischer Rekruten, interessierte, sich verpflichtet* fühlte, irgend etwas in dieser Frage, wenn auch nur zur Befriedigung der Verbündeten zu tun. Daher wiederholte auch Herr Sazonow die schon früher dem „Schwesterwolf“ von dem Großfürsten und Goremykin gegebenen Versprechungen.

Selbstverständlich sind alle diese Kombinationen der hohen Politik hinter den Kulissen, die sich zum größten Teil nur auf Annahmen und Vermutungen stützen, sehr unsatzbar und unsicher, namentlich jetzt, wo sich die polnischen Lande in den Händen der Mittelmächte befinden. Es wäre aber ein großer Fehler, wenn wir annehmen wollten, daß irgend eine Macht, die hinsichtlich der Zukunft Polens etwas zu sagen haben wird, ihre Politik in dieser Frage nicht nur ausschließlich auf das eigene Interesse, sondern auch auf Gefühlsrücksichten und Gerechtigkeitsgrundsätze stützen würde. Hinsichtlich dessen kann es in unserem Volke nach den bitteren geschichtlichen Erfahrungen keine geteilte Meinung mehr geben.

Ihrerseits sind alle oben erwähnten Erscheinungen, obwohl sie keinen klar umschriebenen Charakter haben, der beste Beweis dafür, daß die polnische Frage in der

gegenwärtigen Kriegszeit immer breitere Kreise schlägt und immer mehr an Bedeutung für die Politiker aller europäischen Staaten gewinnt.

Die schweizerischen Blätter vom 2. d. M. veröffentlichten ein amtliches Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur, welches die Mitteilung der Berliner Kreuzzeitung, daß die russische Regierung durch Vermittelung des Botschafters Jzwolski der französischen Presse die Besprechung der polnischen Frage zu verbieten sich bemüht hatte, entschieden in Abrede stellt. — Diese russische Ablehnung ist unverständlich. Die obige Mitteilung zeigte sich nämlich nicht nur in den deutschen, sondern auch in den schweizerischen Blättern und in den Telegrammen aus Paris.

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 194 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 27. Februar 1916.

Der Wille Mitteleuropas.

Bekanntlich haben sehr angesehene Kreise von Volkswirtschaftlern und Politikern in Deutschland und Österreich-Ungarn den Gedanken einer wirtschaftlichen Vereinigung aufgeworfen, welche ganz Mitteleuropa, eigentlich das ganze augenblicklich gegen die Koalition kämpfende Lager umfassen würde. Zu diesem Zwecke wurde ein Organ unter der Überschrift „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ ins Leben gerufen, welches in Berlin, Wien, Pest und Konstantinopel Schriftleitungen hat.

Es besteht auch die Absicht, die hiesigen Politiker und Volkswirtschaftler zur Mitwirkung an dieser Arbeit heranzuziehen, weil die Urheber dieses Planes voraussehen, daß das zukünftige Polen ohne Rücksicht auf diese oder jene Formen seiner freien politischen Verfassung in das Wirtschaftssystem Mitteleuropas hineingelangen wird.

Wir erhielten eben in diesem Sinne von der Schriftleitung des neuen Blattes seine erste Nummer, in welchem ein Artikel des bekannten Abgeordneten Dr. Friedrich Naumann die besondere Aufmerksamkeit auf sich lenkt.

Die Konzeptionen Naumanns sind ein tiefer Gedankenbau, welcher in den allgemeinen sozialpolitischen Bestrebungen neue Strömungen bildet. Naumann ist ein begeisterter Anhänger des Prozesses, die politischen Werte nach dem Kriege umzuwerten. Er vereint in sich das Sentiment eines Träumers mit der Nüchternheit des Realpolitikers. Er ist einer der wenigen aufmerksamen Beobachter aller geistigen Elemente des Krieges, welche er nach seiner Beendigung in Elemente eines dauernden Friedens umwerten möchte. Naumann wurde daher der eifrige Apostel eines Wirtschaftsverbands Mitteleuropas als einer Organisation, welche den Frieden befestigen und ihn auf die Gemeinsamkeit der Interessen eines bedeutenden, durch einen einzigen Willen der gemeinsamen Arbeit solidarisierten Ländergebiets stützen soll. Doch Naumann ist sich klar darüber, daß sich eine solche Verbindung nur auf wirtschaftliche Bestrebungen stützen könne, aber jede gegenseitige politische, staatliche und nationale Abhängigkeit ausschließen müsse. — Er tritt zur Verteidigung der Rechte der nationalen Kulturen und der politischen Selbständigkeit warm ein.

An die inhaltliche Wiedergabe des Naumann'schen Artikels knüpft das Warschauer Blatt folgende Schlussbemerkungen:

Naumanns Artikel kann uns vor allem als Grundlage zu der theoretischen Untersuchung dienen, was eine wirtschaftliche Vereinigung Mitteleuropas sein

soll und welche Rolle Polen in ihr spielen könnte. Die Ausführungen dieses Politikers in dem Sinne verstehend, daß sie die Rechte selbständiger nationaler Organismen anerkennen, müßte man zu dem Schluß kommen, daß das System einer solchen wirtschaftlichen Lösung unseren Bestrebungen wohlwollen kann. Daher werden sicherlich, sofern das neue Organ, für welches Raumann die sozial-geistige Grundlage gebildet hat, zur Zergliederung der einzelnen national-wirtschaftlichen Interessen übergehen wird, unsere Politiker und Wirtschaftler sowie unsere Kollektivorganisationen diesen Vorposten benützen, um hier unsere nationale Hauptforderung ins rechte Licht zu stellen.

Aus Nr. 64 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 4. März 1916.

Kann die russische Reaktion Polen unterstützen?

Unter einem bedeutenden Teil unserer Volksgesamtheit herrscht die Überzeugung, daß im Grunde genommen die liberalen russischen Kreise gegen uns und gegen die polnische Sache ungünstig gestimmt, die Reaktionäre dagegen diejenige Kraft gewesen sein sollen, die, um sich der unangenehmen „inneren Angelegenheit“ zu entledigen, bereit waren, auf das Königreich Polen zu verzichten, d. i., wie unsere Optimisten wollen, unsere Unabhängigkeit anzuerkennen. Diese Meinung beruhte auf einem ernststen Mißverständnis. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die russischen Fortschrittler, welche auf dem Boden des staatlichen Zentralismus stehen und die Aktion einer imperialistischen Politik unterstützen, Feinde einer Wiederherstellung Polens waren und sogar grundsätzliche humanitär-ideelle Erklärungen abgaben. Diesen Standpunkt zu verstehen, fällt uns ziemlich schwer, er ist jedoch die logische Folge der russischen Denkart. Einer Doktrin zu Liebe, einem Grundsatz zu Liebe kann der Russe fast halb bewußt seine Geliebte ermorden zu . . . ihrem Glück.

Aber nicht um die Fortschrittler sollte es sich in diesem Augenblick handeln. Sie sind heute nicht am Ruder und können in dem Verhältnisse Rußlands zu uns nichts Grundsätzliches ändern.

Das hauptsächlichste Mißverständnis beruht auf der Auffassung, daß die russische Reaktion, um uns los zu werden, unwillkürlich unser Bundesgenosse werden wird.

Diese Auffassung ist noch eine Illusion, die sich auf die Unkenntnis des Geistes der russischen Politik und auf den leichtgläubigen polnischen Optimismus stützt.

Vor allem sei also festgestellt, daß weder die offizielle noch die halboffizielle russische Reaktion sich in der polnischen Frage in dieser Weise erklärt hat. Die Bürokratie, die ministeriellen Kreise, also die die Macht besitzende Reaktion haben uns zu dieser Illusion durch nichts berechtigt.

Der russische Staatsschatz zog aus dem Königreich Polen als Ganzem zu ansehnliche Einkünfte und zu reichliche Gewinne, als daß die Reaktion oben hätte wünschen können, sich dieser Einnahmequelle des Staats zu entledigen.

Die Reaktion unten aber, die Beamten, die Bureaukraten sowohl hier an Ort und Stelle, als auch in Petersburg besaßen in der polnischen Sache und darin, daß sie aus unseren Unzulänglichkeiten, Bedürfnissen und Gebrechen straflos Gewinne zogen, ein zu einträgliches Interesse, als daß sie eine so reichliche Goldader hätten verlieren mögen.

Aus diesem Grunde täuschte sich diese Kategorie von Menschen bei uns in der Annahme, daß es leichter sei, dank den Kreisen der Reaktion und dank den persönlichen Einflüssen einzelner Politiker, für

Polen etwas ohne die Duma zu machen. Sie täuschten sich, denn dies war ebenso schwierig zu erlangen, wie es ungewiß war, es dauernd zu behalten.

Wenn wir überflüssige Illusionen, die gleich einem Nebel die Weitsichtigkeit unseres Blickes trübten, weiter vermeiden wollen, müssen wir uns ein für allemal sagen: In Rußland wird weder der Liberalismus, noch die Reaktion das polnische Staatswesen unterstützen.

Unterstützen können sie nur die Kraft der Notwendigkeit, Rücksichten der äußeren Politik, aber nur dann, wenn der russische Fuß die Länder der ehemaligen polnischen Republik nicht berührt.

Das müssen sich unsere Politiker, unsere nüchternen Politiker merken! Wenn man die Stimmen der sozialen Reaktion nach Art der Herren Markow und Genossen in Betracht zieht, so erschollen wirklich von dieser Seite Stimmen: „Gebt doch Polen die Unabhängigkeit, grenzt Euch von ihm durch eine Zollgrenze ab, und es wird Ruhe sein.“

Dies war eine Art Erlaubnis, welche einem artigen Kinde gegeben wurde, damit es über sich ein Glas siedenden Wassers gieße zu dem Zweck, es von der Notwendigkeit des Gehorsams zu überzeugen.

Man wollte aus dem Bereiche des „heiligen Slaventums“ die starrköpfigen Polen hinauswerfen, man schreckte uns mit der Zollgrenze in dem Glauben, daß dies für uns dem Hungertode gleichkomme oder der demütigen und freiwilligen Rückkehr Hungernder mit der Bitte um Aufnahme in dieses Paradies des Slaventums, natürlich schon ohne irgendwelche „politische Vorbehalte“.

Herr Markow glaubte in dieser Beziehung unseren Autonomisten etwas zu voreilig, welche der Frau Rosa Luxemburg das politische Vaterunser von den östlichen Absatzgebieten nachbeteten. — Heute hat das von der hervorragenden Sozialistin geschaffene und von dem Gros unserer „einflußreichsten“ Partei bei uns angenommene Credo den Kredit verloren.

Die russische soziale Reaktion jedoch, welche Polen und die Polen haßt, hat davon noch nichts erfahren, und deshalb fiel von ihrer Seite die für uns scheinbar bequeme Lösung; dies war eine Politik, welche durch die russische Redensart „das Schwein füttern“ treffend bezeichnet wurde.

„Jetzt habt ihr die Unabhängigkeit — mit dem Hungertode!“ — rieben sich die Herren Markow et tutti quanti die Hände. Das Maß der Aufrichtigkeit der politischen Lösungen ist jedoch der Zeitpunkt, in welchem die Möglichkeit eintritt, sie zu verwirklichen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß sogar im Falle günstiger Konjunkturen die soziale russische Aktion wirklich irgendein Projekt unterstützen würde, welches dahin zielen würde, Polen die Freiheit einzuräumen.

Dem gefesselten polnischen Prometheus die Leber stückweise herauszureißen, ist eine politische Notwendigkeit des amtlichen Rußland geworden, nicht nur um die Gefühle ungestrafter Grausamkeit zu befriedigen, sondern auch, um seinen inneren bürokratischen Besitzstand in Rußland zu behaupten. Daher muß sich die bewußte polnische Politik ohne jegliche taktischen und augenblicklichen Färbungen ein für allemal darüber klar sein: In Rußland wird weder mit der Reaktion, noch mit dem Fortschritt Polen wiederhergestellt werden.

L. Ch.

Aus Nr. 59 der Gazeta Lodzka (Lodz)
vom 29. Februar 1916.

Die polnische Frage in Rußland.

Sazonow hat bei Eröffnung der gegenwärtigen Dumaverhandlungen mit schönen Worten nicht gefargt; er hat auch, wie zu erwarten war, die Polen mit schwülstigen Versprechungen überschüttet und die deutsche Verwaltung im Königreich Polen einer Kritik unterzogen, die aus dem Munde der russischen Regierung fürwahr merkwürdig klingt.

Man muß zugeben, daß die russische Regierung dieses System seit Kriegsbeginn durchaus geschickt anzuwenden verstand. Und weil sie von vornherein auf die in den letzten Jahren immer dreister hervortretenden russenfreundlichen Elemente rechnen konnte, hätten ihre trügerischen Versprechungen auch in dem gegenwärtigen Augenblick einen gewissen Eindruck hervorrufen können.

Wer jedoch kritisch und ohne Vorbehalte die polnische Frage in Rußland während der letzten 1½ Jahre verfolgt hat, der muß zu der Überzeugung kommen, daß die polnische Frage — im Sinne der Russenfreunde — keine aufrichtigen Freunde weder bei der russischen Regierung und den russischen Parteien noch in der russischen Volksgesamtheit hat. Zu dieser Überzeugung kommen auch, wie wir dies beweisen werden, immer mehr die gegenwärtig in Rußland lebenden Polen.

Gleich zu Beginn des Krieges war vorauszu sehen, daß das Königreich Polen infolge seiner geographischen Lage der Hauptkriegsschauplatz im Osten werden würde. Dies veranlaßte den die russische Gewaltpolitik gegenüber den Polen verleugnenden Nikolaus Nikolajewitsch zum Erlass jenes berühmten Aufrufs, dessen eigentlicher Zweck der war, die im Operationsgebiet wohnende polnische Bevölkerung zu kapern.

Die Kriegslage gestaltete sich zu Beginn des Krieges so, daß die Deutschen vorderhand vor der russischen Übermacht nur die eigenen Grenzen im Osten schützen konnten. Raum hatte es sich gezeigt, daß dem Königreich Polen keine unmittelbare Gefahr drohte, machte sich die russische Regierung, anstatt die Versprechungen zu verwirklichen, daran, sie zu vernichten. Der Presse verbot man, den Aufruf des Nikolaus Nikolajewitsch so auszulegen, als ob in ihm dem Königreich Polen die Autonomie versprochen worden wäre, und der Minister Maklakow verbot das Drucken und Singen polnischer Nationallieder.

Das Frühjahr 1915 brachte die große deutsche Offensive, im Verlauf einiger Monate wurde Galizien befreit, die russischen Truppen aus dem Königreich vertrieben und Warschau erobert.

Die russische Regierung deckte von neuem ihr Herz gegenüber den Polen auf, und acht Tage nach dem Fall Warschaws ließ der Zar in der Duma erklären, daß er dem Königreich Polen eine Autonomie zu geben gewillt sei.

An die praktische Erfüllung dieses Versprechens war nicht zu denken. Aber es gab noch andere Gebiete, auf welchen die Polen infolge der Versprechungen der Regierung Ansprüche machen konnten, und es ist charakteristisch, in welcher Weise die russische Regierung auf diese beschiedenen und angesichts der von der russischen Regierung eingenommenen Haltung vollkommen natürlichen polnischen Ansprüche reagierte.

Das Verbot des Singens polnischer Nationalhymnen wurde zwar aufgehoben, aber mit einer solch komplizierten Begründung, daß man ohne Schwierigkeiten durchblicken konnte, daß dieses Zugeständnis nur ein vorübergehendes war. In der Begründung wurde nämlich ganz offen darauf hingewiesen, daß polnische Nationalhymnen jetzt, wo das Königreich Polen sich in den Händen des Feindes befindet, keinen Anstoß

erregten. Ferner befragte der alte Goremjkin, als einige Mitglieder der Duma die Petition um die Aufhebung der antipolnischen Gesetze einbrachten, erst seine Kollegen im Ministerium um ihre Meinung in dieser Frage.

Die Antworten fielen durchaus nicht alle zu Gunsten der Petenten aus. So empfahlen der Justizminister Schostow und Minister Ignatiow nur eine teilweise Aufhebung der Ausnahme Gesetze. Besonders wenig Neigung zeigte man für die Aufhebung der rechtlichen Einschränkungen in denjenigen polnischen Gegenden, die von einer gemischt-sprachlichen Bevölkerung bewohnt werden.

Jetzt liegt das Königreich Polen einige hundert Kilometer vor der russischen Front. Die schwülstigen Versprechungen und großen Reden verpflichten unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu nichts. Die russische Regierung glaubt jetzt wohl selbst nicht mehr daran, daß sie noch einmal das Recht erlangen werde, allein über die polnischen Verhältnisse zu verfügen. Wenn dies aber trotzdem wider Erwarten geschehen sollte, so würden sicherlich zu ihren offiziellen Auslassungen sich entsprechende Kommentare gezeigt haben.

Der Kritik Sazonows über die deutsche Verwaltung darf man nur die wiederholten Reden des Abgeordneten Sarufewicz in der Duma gegenüberstellen, der mit Recht auf die Tatsache hingewiesen hat, daß im Königreich Polen die deutsche Verwaltung im Laufe einiger Monate Einrichtungen entstehen ließ, die die russische Regierung durch Jahrzehnte ins Leben zu rufen sich nicht entschließen konnte.

Ist somit die Haltung der russischen Regierung gegenüber den Polen immer noch eine zweideutige, so muß der Standpunkt der russischen rechtsstehenden Parteien geradezu als feindlich den Polen gegenüber angesehen werden. Auf dem monarchistischen Kongreß in Nizni-Nowgorod, der sich besonderer Rücksichten der Regierung erfreute, bezeichnete der Vorsitzende Orlow die Polen als Verräter und Revolutionäre. Bei den Verhandlungen des Seniorenkonvents, die der gegenwärtigen Duma-Session vorausgingen, widersetzte sich der berühmte Markow II einer Besprechung der polnischen Frage, und während der gegenwärtigen Session versuchten die rechtsstehenden Parteien und Nationalisten dadurch, daß sie die Frage des in Warschau verbliebenen Dumaabgeordneten Parczewski anschnitten, Abneigung gegen die Polen hervorzurufen.

Von diesen Parteien war allerdings von vornherein kein Verständnis für die polnischen Wünsche zu erwarten. Dagegen bestand ein gewisses Einvernehmen mit den linksstehenden Parteien und mit der liberalen Volksgesamtheit. Aber auch sie enttäuschten die Polen. Man sagte sich viel schöne Komplimente, verbrüdete sich sogar zu Weihnachten in Moskau in feierlicher Weise und brachte sich in langen Artikeln gegenseitig seine Sympathien zum Ausdruck. In der Praxis aber haben sogar die Kadetten durch Miljukow in der „Niez“ erklären lassen, daß sie nicht den geringsten Grund hätten, die polnische Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Und der „Dziennik Piotrogradski“ stellte vor einigen Tagen in bitteren Worten die russische Volksgesamtheit als eine launenhafte, unzuverlässige und für ein Bündnis mit den Polen unfähige hin. Dadurch entstand in den russenfreundlichen polnischen Kreisen Verwirrung und Desorientation.

Während der Anwalt der polnischen Frage Lempieli auf der einen Seite einen Aufruf erläßt, der zum Zusammenschluß aller Kräfte auffordert, muß er auf der anderen Seite bittere Vorwürfe hören, daß er, indem er sich mit der russischen Volksgesamtheit verbrüdet, die polnischen Bestrebungen nicht mit dem gehörigen Nachdruck unterstützt. Der „Dziennik Piotrogradski“ aber richtet einen offenen Brief an die polnischen Dumaabgeordneten und greift sie deshalb

heftig an, daß sie sich in ihren Postulaten schon beinahe den bescheidenen Forderungen der Versöhner nähern.

Aus alledem geht hervor, daß die polnische Frage in Rußland weder bei der Regierung und den Parteien, noch in der Volksgesamtheit selbst eine bemerkenswerte Unterstützung findet. Ein Pole, der von dieser Seite noch auf Hilfe zählt, gehört entweder zu den Individuen, deren persönliche Interessen sich mit den Interessen Rußlands vereinigen, oder er ist ein unverbesserlicher Phantast.

Aus Nr. 56 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 25. Februar 1916.

Betrachtungen des Abgeordneten Lempicki zur Eröffnung der Duma.

Unter dieser Überschrift gibt das Warschauer Blatt eine Unterredung mit dem bekannten Dumaabgeordneten Lempicki wieder, welcher u. a. folgende erwähnenswerten Bemerkungen entnommen seien:

Auf die Frage, welches die russische Wirklichkeit sei, antwortet Lempicki u. a. folgendes:

Der Krieg hat die Ohnmacht der Regierung und die Ohnmacht der Volksgesamtheit handgreiflich bewiesen. Die Unfähigkeit der Staatsmaschine und die Demoralisation der Volksgesamtheit ist in den Orgien des Diebstahls und in geradezu artistisch vollzogenen Mißbräuchen zu Tage getreten. Im Lande faulen ungeheure Getreidevorräte, während die Hauptstädte und große Gebiete des Staates Hunger leiden. Die Zufuhr fehlt, sie ist von der Bestechung abhängig. . . Ich glaube auch an keine zielbewußte und planmäßige Sanierungsarbeit in Rußland, weder seitens der Regierung noch seitens der Volksgesamtheit. Es wird sein, wie es sein wird — wiederholen in der Tiefe ihrer Seele alle Russen und warten ratlos auf die Entwicklung der Ereignisse: auf ein wohlthätiges Wunder oder auch auf den Ausbruch wilder Leidenschaften der Menge, welche das ganze bisherige Staatsgebäude erschüttern wird. Wird sie es aber stürzen? Auf diese Frage vermag heute niemand zu antworten.

Auf die Frage, was Lempicki von dem Wechsel im Ministerium in Rußland denke, erwiderte er:

Zweifellos ist Rußland durch den Krieg ermüdet und wirtschaftlich erschöpft; überdies wird nach den stürmischen Kundgebungen der Kriegsbegeisterung das allgemeine Verlangen nach Frieden immer sichtbarer. Davon zeugen die Gerüchte von den beabsichtigten Ministerwechseln. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sazonow war ausgesprochen einer der Urheber des Krieges; sein vermutlicher Rücktritt wird das Anzeichen friedlicher Strömungen sein. Sein größter Mißerfolg in der Politik ist die noch Anfang 1914 vollzogene Gestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel. Sazonow versicherte in den Sitzungen der Budgetkommission, daß die russische Diplomatie dort günstige Ergebnisse erlangt habe, daß die Bildung einer mit Rußland verbündeten Balkanföderation eine mögliche Sache sei, daß das orthodoxe Rumänien sich in jedem Falle auf die Seite Rußlands stellen werde. (Erinnern wir uns an die von ihm angeregte Reise des Zaren nach Rumänien im Sommer 1914.) Alle diese Hoffnungen sind getäuscht worden und die Ansprüche an Sazonow in dieser Hinsicht begründet. Finanzminister Bark steht auch nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. Seine Reden waren und sind eine Sammlung von Gemeinplätzen; kein neuer finanziell-schöpferischer Gedanke läßt sich aus ihnen entziffern. Eine Rückkehr Kokowcevs zur Regierung würde bedeuten, daß Rußland zu dem früheren Monopolsystem zurückkehre und an den Frieden zu denken beginne. Stürmer bringt keine grundsätzliche Änderungen mit sich.

Und welches ist jetzt die Rolle der polnischen Vertreterschaft in der Duma?

Von der polnischen Fraktion in der Duma sind gegenwärtig nur drei Abgeordnete: die Herren Jaronski, Harusiewicz und Gosciicki. Von der polnisch-litauischen Fraktion fünf. Natürlich ist ihre Rolle ziemlich merkwürdig, denn sie vertreten in dem russischen Parlamente ein Land und ein Volk, die sich unter russischer Herrschaft nicht befinden, und sie selbst sind von dem Lande schon lange abgeschnitten. Wenn sie es jedoch trotz dieser tatsächlichen Verhältnisse als nötig erachten, an den Beratungen der Duma teilzunehmen, so wäre es wenigstens wünschenswert, daß sie sich Kundgebungen ihrer Loyalität enthielten. Sie sollen dessen eingedenk sein, daß für das polnische Volk in jedem Falle eine große Erleichterung der Gedanke ist, daß unser Los nicht mehr ausschließlich von der rücksichtslosen Politik der russischen Regierung und von der perversen Sophistik der russischen gesetzgebenden Körperschaften abhängig ist.

Aus Nr. 108 des Goniec (Warschau)
vom 29. Februar 1916.

Zur Rede Sazonows

bemerkt der bekannte Politiker Wladislaus Studnicki u. a. folgendes:

Viele Abschnitte der Rede Sazonows über Polen sind durch die Furcht hervorgerufen, daß die europäischen Mittelmächte eine polnische bewaffnete Macht von einigen hunderttausend Menschen hervorrufen werden. Durch dieses Verlangen, eine polnische bewaffnete Macht zu besitzen, durch das Verlangen, welches Sazonow Deutschland zuschreibt, erklärt er die Schaffung der polnischen Universität in Warschau. Sodann warnt er in einfältiger Weise die Polen vor der Germanisierung und weist auf das Posensche hin.

Nun ist die Eröffnung der polnischen Universität in Warschau schon ein Beweis, daß die Germanisierung des Schulwesens, welche mit der Germanisierung der Behörden geschichtlich und logisch verbunden ist, in den Plänen Deutschlands nicht liege. Was die Berufung einer polnischen bewaffneten Macht anbelangt, welche noch im gegenwärtigen Kriege gemeinsam mit den mitteleuropäischen Staaten gegen Rußland kämpfen würde, so ist dies nicht eine deutsche, sondern eine polnische Forderung. Durch ein polnisch-deutsches Bündnis würden die polnisch-deutschen Beziehungen in eine neue Phase der Entwicklung eintreten. Einerseits würde sich der polnisch-deutsche Gegensatz im Posenschen abschwächen, andererseits würde der Wunsch, dem Polentum Wilna und Minsk zu erhalten, auf das polnische politische Bewußtsein weit stärker einwirken, als die Sehnsucht nach dem Posenschen, welches, keine nationale Bedrückung erfahrend, im preußischen Staate günstige Entwicklungsbedingungen finden würde.

Dieses Verlangen nach einer gegenseitigen Versöhnung wurde bald nach der Einnahme Warschaws vom Reichskanzler proklamiert.

Aus Nr. 63 des Kurjer Polski
vom 3. März 1916.

Die Bedeutung der Rede Sazonows.

In der Rede des Ministers Sazonow muß uns Polen vor allem der umfangreiche Abschnitt, welcher der polnischen Frage gewidmet war, angehen; wichtig ist vielleicht nicht so sehr der ausführliche Inhalt der Rede, wie sein grundsätzlicher Gedanke und die bloße Tatsache, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt gehalten wurde. Bisher behauptete nämlich die russische Re-

gierung steif und fest, daß die polnische Frage eine innere russische Frage sei und daß das Schicksal Polens nur von Rußland allein abhängen; heute stellt diese selbe Regierung die polnische Frage auf den internationalen Boden und erklärt durch den Mund ihres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten feierlich, daß ihr Zweck die „Vereinigung des zerrissenen Polens“ sowie seine „Selbstständigkeit“ in Zukunft sei und daß dieser Zweck die „Billigung der Bundesgenossen gefunden habe“. — In dieser Fragestellung liegt die Bedeutung der Rede Sasanows. Dies ist eine zweifellos bezeichnende Erscheinung; das politische Spiel ist deutlich. Es wird übrigens mit gewissen Modifikationen vom Beginn des Krieges an getrieben, und es verlohnt, es sich näher anzusehen, um die wirklichen Motive und die wirklichen endgültigen Ziele, die in der Duma zur Kenntnis der ganzen Welt gebracht worden sind, sowie die amtlichen russischen Erklärungen zu verstehen.

In dem Maße, als sich die Ereignisse für Rußland ungünstig entwickelten und die polnischen Lande der russischen Herrschaft entglitten, in demselben Tempo erweiterten sich die Gesichtskreise der den Polen für die Zukunft gegebenen Versprechungen, wuchs die — allerdings nichts kostende — Freigebigkeit der russischen Regierung gegenüber Polen. Der Aufruf des Großfürsten vom 14. August 1914, also aus der Zeit des Kriegsbeginns sprach allgemein und in unbestimmten Ausdrücken nur von einem Polen, „welches hinsichtlich seines Glaubens, seiner Sprache und der Selbstverwaltung frei sein werde“. Ein Jahr später schon, nach der galizischen Katastrophe und nach den Mißerfolgen im Königreich Polen überschüttete Ministerpräsident Goremykin am 1. August 1915 die Polen mit verschiedenen Belobigungen und erklärte in der Duma, daß „Seine Majestät den Ministerrat beauftragt habe, den Entwurf einer Autonomie für das polnische Volk nach Beendigung des Krieges unter dem Zepher des russischen Zaren auszuarbeiten“. Heut, am 22. Februar 1916, wendet er, um die Absichten der Regierung zu umschreiben, den Ausdruck „Selbstständigkeit Polens“ an und beruft sich auf die Sanktion der Bundesgenossen. Wir haben also nacheinander drei von der russischen Regierung losgelassene Raketen von gleichneisichen Farben, jede folgende schöner als die vorhergehende. Sie hatten den Zweck, die Welt, die Polen zu blenden; die beiden ersten leuchteten für einen Augenblick auf und zerplatzten, hinter sich nur Rauch und Dunst zurücklassend; die russische Regierung läßt jedoch nicht nach, rechnet fortwährend auf die Unwissenden im Auslande, auf die Einfältigen und Leichtgläubigen in Polen und läßt jetzt die dritte Rakete los.

Bei dem ganzen Unterschied in der Abstufung der Versprechungen war ihr wesentlicher Wert immer der selbe: Keine der freigebigen Versprechungen wurde auch nur im geringsten Maße verwirklicht, keiner der „untergeordneten“ (Ausdruck Sasanows) Wünsche der polnischen Bevölkerung wurde damals erfüllt, als Rußland die Möglichkeit dazu hatte; heut, da es diese Möglichkeit nicht mehr besitzt, nimmt jedes Versprechen seitens Rußlands den Schein einer „Falle“ an. Der letzte Akt der russischen Regierung hat gleichzeitig seine tiefe Bedeutung: Er ist nämlich ein Beweis, daß die russische Staatsraison es jetzt für angezeigt hält, ihr Verhältnis zur polnischen Frage scheinbar zu ändern.

Die russische Regierung war stets ein grundsätzlicher Feind, ich will schon nicht sagen der Unabhängigkeit, aber auch nur einer gewissen Autonomie und sogar der bescheidensten nationalen Selbstverwaltung für Polen. Sie wollte über dasselbe autokratisch herrschen; jetzt sieht sie, daß es mit ihrer Herrschaft zu Ende geht, daß die Unabhängigkeit Polens näher rückt, und macht, da sie den Lauf der Ereignisse nicht aufhalten kann, plötzlich kehrt, was die Franzosen „eine gute Miene zum bösen Spiel“ nennen, und sie möchte — natürlich zu

ihren Zwecken für die Zukunft — die Polen gern überzeugen, daß ihr Wohl „ganz Rußland am Herzen liege und daß dieses gerade Polen ein besseres Los vorbereite“. —

Um eine solche These seitens Rußlands aufzustellen und sie zu verteidigen, bedarf es großen zivilen Mutes, muß man ganz und gar mit den Tatsachen rechnen und die Argumentation durch ein künstliches Pathos und durch gewundene Sophismen ersetzen.

Herr Sasanow nennt das polnische Volk ein Schwesternvolk; indes erklärten sich nach den russischen Zeitungen vor gar nicht langer Zeit die russischen Minister einstimmig dafür, alle Ausnahmegeetze für dieses Schwesternvolk weiter bestehen zu lassen. Er bedauert die Teilung des „ungeteilten“ Königreichs Polen durch die Okkupation, — was übrigens eine vorübergehende Erscheinung für die Zeit des Krieges ist, — aber er denkt nicht an die Teilung des selben Königreichs Polen, welche die russische Regierung in Friedenszeiten und für immer durch die Abtrennung des Chelmer Landes vollzogen hat. Er hat warmes Mitleid mit dem Schicksal der Polen „unter der eisernen Faust Deutschlands“, aber er erwähnt nichts von dem Schicksal, welches die „fürsorgliche Regierung der 1 1/2 Millionen zählenden Menge des in die Verbannung geführten unschuldigen polnischen Volkes bereitet hat: Männern in der Kraft ihrer Jahre, Greisen, Kindern und Frauen; die von Zeit zu Zeit in den russischen Zeitungen (jüngst in der „Kijewska Mysl“ — der Kiower Gedanke) erscheinenden Schilderungen von den moralischen und physischen Leiden dieser unglücklichen Verbannten erinnern einfach an die schrecklichsten Szenen aus Dantes Hölle.

In seiner zärtlichen Sorge um das Schicksal des Schwesternvolkes kommt der russische Minister dazu, uns aus dem Herzen fließende Ratschläge zu erteilen, er spricht zu unserem „hohen nationalen Gefühl“, er erwähnt uns „die Brüder in Polen“, wo alle „polnischen Elemente wütend vernichtet werden“; zum Schluß warnt er, „auf unsere heiligsten Bestrebungen für ein von den Deutschen gegebenes Linsengericht“ zu verzichten und „für die Tyrannen Polens“ unser Blut zu vergießen. Wer könnte in diesen Ratschlägen Aufrichtigkeit erblicken? Wünschte doch der russische Staatsmann, wenn er sie gibt, gleichzeitig, daß wir uns an Rußland nicht mehr für ein Linsengericht, sondern für das Versprechen eines Linsengerichts verkaufen sollten, daß wir unser „nationales Ideal“ in dem trüben russischen Meere versenken, daß wir unser eigenes Los unter der russischen Herrschaft, die barbarischen, wilden Gewalttaten, die sinnlosen Bedrückungen und Mißhandlungen, die ganze Politik der Entnationalisierung und der Entmenschung, deren wehrlose Opfer wir waren, vergessen und jetzt freiwillig unseren Nacken in das russische Halsseil hineinlegen sollten.

Aber hier beginnt das Tragische unserer Lage: Auf der einen Seite „die moskowitzischen Lockungen, Versprechungen, Schlingen“ und auf der anderen Seite das erschreckende hartnäckige Schweigen. Wenn das Auftreten Sasanows schließlich dazu beitragen wird, die Lage zu klären und das Schweigen zu brechen — so wird dies entgegen seinen Wünschen eine positive Folge seiner heuchlerischen und hinterlistigen Rede sein.

M. Lempicki.

Aus Nr. 62 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 3. März 1916.

Die Rede des Vertreters der Polen im russischen Reichsrat.

In der Eröffnungsitzung des Reichsrats sprach als Vertreter der Polen J. A. Schebeko. Wir geben seine

Rede, die den Russen bittere Wahrheiten über ihr Verhalten gegen die Polen sagte, nach dem Bericht der „Nowoje Wremja“ vom 10./23. Februar wieder.

„In der zweiten Hälfte des verflossenen Jahres, des Jahres der Weltgeheimnisse, hat sich die polnische Frage weiterentwickelt, aber kaum zu einer hervorragenden Stelle. Die russischen Truppen verließen das verwüstete Polen, ihre Stelle aber nahmen die Deutschen ein, und wieder mußten die Polen den bitteren Becher der Prüfungen leeren. Es sollte unter solchen Verhältnissen für die Regierung selbstverständlich scheinen, deren frühere Fehler die Deutschen in Polen so gut zu benutzen verstanden haben, von Worten zur Tat überzugehen, und dem Brudervolk, das unbestritten zahllose Opfer für unsere gemeinsame Sache getragen hat, den positiven Beweis seiner festen Entschlossenheit zu geben, mit dieser Vergangenheit zu brechen. Aber die Erwartungen in dieser Hinsicht wurden bei weitem nicht erfüllt. Nach der Verkündung der Autonomie wurden die freien Beamtenstellen in Polen nach der früheren Ordnung und mit Personen aus denselben Kreisen besetzt. Und dies zu derselben Zeit, als die Deutschen in Warschau eine polnische Universität eröffneten. Es wäre unter solchen einzigartigen Verhältnissen als das Gegebene erschienen, daß die Regierung in diesem geschichtlich einzig dastehenden Augenblick ihre unbedingte Entschlossenheit betont hätte, ein freies Polen wiederherzustellen, das mit Rußland vereinigt ist durch die Einheit des Thrones und durch die Gemeinsamkeit der Interessen auf internationalem Gebiet und damit zugleich der gequälten Seele des polnischen Volkes Mut einflößt und es für den zukünftigen schweren Kampf mit den Feinden gestärkt hätte.

Man hätte meinen sollen, daß die Regierung die einzige ihr tatsächlich gebliebene Möglichkeit, dem polnischen Volke den Beweis ihrer aufrichtigen Absicht zu liefern und einen neuen Weg einzuschlagen, zu benutzen nicht zögern, und laut verkünden würde, daß es jetzt keine Rechtslosigkeit der Polen im Reiche mehr geben dürfe, daß sie nicht zögern würde, die Rechtsbeschränkungen im ganzen Gebiete des Reiches aufzuheben, die die Polen zu Bürgern zweiter Klasse herabdrückten, obwohl das polnische Volk sofort nach der Kriegserklärung sich gegen den gemeinsamen Feind gerüstet hat und, dem Throne unerschütterlich treu, auch den verkündeten Lösungen treu blieb, im Namen deren es sich zusammen mit dem großen Rußland erhob. Indes, alle eine Ahnungen und Hoffnungen legte es in die Hände der großmütigen Initiative des Monarchen und der edlen Begeisterung des russischen Brudervolkes. Wir, die Vertreter des polnischen Volkes, können nicht umhin zu sagen, daß die Erklärungen und Handlungen der Regierung in der polnischen Frage den gebieterischen Weisungen der Weltereignisse f a u m e n t s p r e c h e n.

Aus Nr. 64 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 4. März 1916.

Von dem Vorgehen und den Stimmungen der russischen Regierung gegenüber den Polen treffen verschiedene oft sich widersprechende Nachrichten ein. Aus diesen Widersprüchen schöpfen diejenigen wenigen Einzelpersonen bei uns Mut, welche immer noch das Licht aus dem Westen erwarten. Die Rede des Herrn Szebeko, gehalten im Petersburger Staatsrat, zerstreut endgültig diese Illusionen. Die russische Bureaucratie hat nichts gelernt und nichts vergessen. Trotz der theoretisch anerkannten Autonomie werden fortgesetzt die Stellen in dem besetzten Königreich Polen durch Russen wie Tagiejew und Bulusztanikow besetzt. Indes müssen sie in Kaluga oder Riazan sitzen. Aber sie verlieren die Hoffnung nicht,

daß sie auf die einträglichen Stellen nach Plock oder Kalisch zurückkehren werden. Aber den Polen gegenüber, die sich in den sogenannten annektierten Provinzen aufhalten, bleiben alle früheren Beschränkungen in Kraft. Und so sagt Herr Szebeko, einer der gemäßigten polnischen Politiker, die Säule der Realisten, ein Mann, welchen man keines Romantismus beschuldigen kann, den russischen Senatoren:

„Wir Vertreter der polnischen Nation können nicht umhin zu betonen, daß die Erklärungen und Taten der Regierung in der polnischen Frage keineswegs dem kategorischen Gebot der sich gegenwärtig abspielenden historischen Ereignisse entsprechen!“

In der Rede des Herrn Szebeko kommt die Enttäuschung deutlich zum Ausdruck, daß die russische Regierung unter den außergewöhnlichen gegenwärtigen Verhältnissen es nicht verstanden hat, sich zur Feststellung der Notwendigkeit zu entschließen, „ein unabhängiges“ mit Rußland durch einen gemeinsamen Thron und durch den Zusammenschluß der Interessen auf dem Gebiete der internationalen Probleme vereinigt Polen wiederherzustellen.“

Das stimmt übrigens mit den Nachrichten überein, welche aus Paris eingetroffen sind. Der dortige russische Botschafter, Herr Iswolski, nimmt gegenüber der polnischen Frage einen geradezu feindlichen Standpunkt ein. Wenn sich in den französischen Regierungskreisen nur eine Stimme vernehmen läßt, welche die Notwendigkeit ausdrückt, sich mit der Frage Polens zu befassen, beginnt der Herr Botschafter bald zu reden, daß Rußland an die Schließung eines Sonderfriedens werde denken müssen. . . . Auf diese Weise terrorisiert er die französischen Staatsmänner.

Aus Nr. 101 des Nowa Gazeta (Warschau)
vom 2. März 1916.

Eine neue Ansicht!

Die polnische Fraktion in Petersburg ist zu der Überzeugung gelangt, daß man gegenwärtig in der Duma in der polnischen Sache keine Erklärung abgeben dürfe, weil diese Frage jetzt ausdrücklich eine internationale Sache geworden sei. So berichtet eine Depesche von Petersburg über Stockholm.

Warum ist denn eigentlich die polnische Fraktion zu einer solchen Überzeugung gelangt? Rußland soll doch diese seine innere polnische Angelegenheit in vollem Umfange und vorzüglich erledigen! Warum soll z. B. die städtische Selbstverwaltung in Polen oder die Autonomie nach russischem Stil eine internationale Sache sein? Warum soll eine solche oder eine andere Reform, ausgeführt in den Grenzen des russischen Reiches, auf das Forum der internationalen Diskussion treten? Nun, Rußland hat die polnischen Lande verloren, aber das ist eine geringfügige Einzelheit, denn das Programm der Vereinigung dieser Lande unter russischem Zeppter ist, wie Herr Sazonow selbst sagte, unverändert geblieben! Sollten etwa die treuergebenen Empfindungen der polnischen Fraktion für das Zarat schwächer geworden sein?

Warum ist vom Standpunkt der Fraktion aus die polnische Frage jetzt eine internationale geworden, wo sie doch eine solche nicht war, wenigstens seit dem Ausbruch des Krieges? Die polnische Fraktion in Petersburg beginnt also mit realen Tatsachen zu rechnen? Es geht etwas Sonderbares in dem Staate der Russenfreunde vor! Verwirft die polnische Fraktion die politischen Deklarationen für die russische Regierung, entsetzt sie den Erklärungen und den Denkschriften? Was wird sie denn auf dem Petersburger Pflaster beginnen? Das ist — Geschwätz! W.

Aus Nr. 103 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 3. März 1916.

Die polnische Fraktion.

Herr Harusiewicz spricht in der Duma im Namen der polnischen Fraktion, und die amtliche Petersburger Telegraphen-Agentur stellt der Welt die Rede des Herrn Harusiewicz als die Offenbarung des Willens der nationalen polnischen Vertreterschaft dar.

Es muß schließlich dieses Mißverständnis aufgeklärt werden. Abgesehen von der Tatsache, daß angesichts der begrenzten Verhältnisse der Wahlordnung die Dumaabgeordneten niemals die wahre Stimmung der hiesigen Meinung zum Ausdruck gebracht haben, daß mit wenigen Ausnahmen ihre Mehrheit der Versöhnungspartei angehörte, muß man sich vergegenwärtigen, wie sich die jetzige polnische Fraktion zahlenmäßig darstellt. Von 11 Abgeordneten, die das Königreich Polen gewählt hat, gibt es in Petersburg nur 3, nämlich die Herren Harusiewicz, Jaronski und Goscicki. — Für die Rechtmäßigkeit ihres Auftretens spricht nur das eine Argument, daß... „tres faciunt collegium“. — Fürwahr, eine solche Rechtmäßigkeit ist im politischen Leben etwas Besonderes. Wenn diese Abgeordneten nur ein wenig Empfinden für die Wirklichkeit hätten, dann würden sie verstehen, daß ihre Stimmen im Namen Polens den Eindruck einer Karikatur machen. Die Repräsentation der Dumaabgeordneten in Warschau, der Abgeordneten, die mit ihr gebrochen haben, ist in diesem Augenblicke viel wichtiger als die, die im Namen Polens in Petersburg sprechen will.

Es ist Pflicht festzustellen, daß es eine polnische Fraktion als Vertreterschaft des Königreichs nicht mehr gibt.

Die Enunziationen des Herrn Harusiewicz sind Hervortritte des dreiköpfigen Kollegiums, das jedweder Autorisation und jeder Rechte der Vertreterschaft bar ist. Sie sind ebenso leer, wie anmaßend.

Aus Nr. 117 des Goniec (Warschau)
vom 5. März 1916.

Operettenhauspieler.

Die Geschichte kennt Johann ohne Land, und wer weiß, ob die Nachkommenschaft nicht noch einigen Monarchen, z. B. den Königen Albert und Nikita einen ähnlichen Namen beilegen wird: es gibt auch ein aus dem eigenen Lande vertriebenes Parlament, welches, wie das serbische Parlament, bis in Nizza tagt. Daß aber Abgeordnete, der Fühlung mit ihren Wählern und mit dem Lande beraubt, sich Vertreter ihrer Nation nennen und in ihrem Namen irgendwelche Erklärungen voll von Loyalität abgeben, überzeugt von der politischen Tragweite und von dem Ansehen ihres Auftretens, das ist noch niemals dagesewesen. Gewiß, die katholische Kirche besitzt Bischöfe „in partibus infidelium“, welche zu ihren Diözesen keinen Zutritt haben, deren Titularbischöfe sie nur sind, aber diese üben das Amt in ihren Diözesen nicht aus. Könige ohne Land und ein Parlament in der Verbannung arbeiten auch, aber sie haben zu ihrer Rechtfertigung — den Gotha-Kalender!

Was haben zu ihrer Rechtfertigung vom Gesichtspunkt des gesunden Menschenverstandes unsere Abgeordneten „in partibus infidelium“, die Herren Harusiewicz und Szekelo? Welche praktische Bedeutung können in der Gegenwart oder in der Zukunft ihre Erklärungen haben, da die vollzogenen Tatsachen sie ihrer Mandate beraubt haben und da sich wahrscheinlich die Orientationen der Wähler geändert haben? Es möchte scheinen, daß der einfache Menschenverstand und das Taktgefühl diesen Herren Abgeord-

neten den einzigen Ausweg aus der ziemlich verlegenen Situation — das Schweigen — diktieren werden.

Aber nein, sie müssen reden, sie müssen durch irgendetwas ihre Existenz betonen.

In den Operetten kommen Diplomaten vor, Vertreter phantastischer Großmächte, aber auch diese packen, wenn sie eine plötzliche Nachricht von einer Revolution in ihrem Vaterlande und von der Entthronung der Machthaber erhalten, ihre sieben Sachen und hüten sich, vor ihrer Abreise von der Bühne sich vor den Zuhörern durch einen falschen Afford bloßzustellen.

Übrigens sind dies in der traurigen Farce des russischen Scheinparlamentes würdige Vertreter nicht des polnischen Volkes, sondern der eigenen Meinungen und Überzeugungen, hinsichtlich dessen auch in den gesetzgebenden Körperschaften, in welchen sie geredet haben, keine Zweifel zu bestehen scheinen.

Aus Nr. 53 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. März 1916.

Die polnische Landwirtschaft vor neuen Aufgaben.

Fast gleichzeitig haben die Zusammenkünfte der Landwirte des Königreichs Polen und des Großherzogtums Posen stattgefunden zwecks Beratung über die neuen Aufgaben, vor die sich die polnische Landwirtschaft, welche die Folgen des Krieges empfindlich fühlt, gestellt sieht.

Abgeschnitten von den reichen Zufuhrquellen für Futter- und künstliche Düngemittel, mußten unsere Landwirte im Großherzogtum zu neuen und bisher noch nicht erprobten Wirtschaftsmethoden greifen. Es galt, die unermesslich schwierige Aufgabe zu lösen, wie die Wirtschaftsweise am wirksamsten und schnellsten umzugestalten wäre, um die fehlenden Hilfsmittel für die Landwirtschaft durch eigene Produktion herbeizuschaffen. Diese Umwälzung in der bisherigen Wirtschaftsweise gleichen nur zu einem Teile die höheren Preise aus, die durch die günstige Kriegskonjunktur erzielt wurden. Die Lage heißt somit große Anspannung der Energie und der Erfahrung, um das väterliche Erbe nicht nur im gegenwärtigen Zeitpunkt zu stützen, sondern ihm auch die Zukunft zu sichern. Wird sich doch auch nach dem Kriege nicht sofort der alte blühende Stand der Landwirtschaft zurückkehren. Es wird mühsamer Arbeit bedürfen, damit der Boden die wichtige Aufgabe des Ernährers der Nation erfülle. Zum Glück hat der zerstörende Kriegsturm unseren Besitz verschont, wir sind im Stande, die Landsleute zu unterstützen, deren Werkstätten auf dem Lande zu Ruinen geworden sind.

Im Königreich Polen sind zum ersten Mal seit Kriegsbeginn mehrere Hundert Landwirte, sowohl aus dem deutschen- wie auch österreichisch-ungarischerseits besetzten Gebiet zusammengekommen, um sich im landwirtschaftlichen Zentralverein mit den Bedürfnissen des Landes zu befassen. Wie bei uns der gleichnamige Verein, so erfüllt dort die erwähnte Organisation die rühmliche und nützliche Aufgabe, die Landwirtschaft zu heben, den Kleinwirten mit Rat, Beispiel und Hilfe zu dienen. Der allgemeine Stand der Landwirtschaft im Königreich kann kein erfreulicher sein. Der zehnte Teil des Landes ist in eine Einöde verwandelt; die menschlichen Wohnsitze sind dem Erdboden gleichgemacht; es fehlt an Getreide zur Saat, es fehlt an Kredithilfe. Alles das weckt fürwahr Sorge um die Erhaltung des schwächer werdenden Pulsschlags des Wirtschaftslebens im Königreich. Hierzu kommt wohl eine der größten Niederlagen: Nicht weniger wie 1 200 000 Menschen mußten das Königreich Polen verlassen und in ein unbekanntes

Geschick ziehen. Es ist also aller Grund vorhanden, zu ratschlagen und den Kopf anzustrengen, um die Bevölkerung und das Land zu retten.

Der vom Vorsitzenden des Hauptrats des landwirtschaftlichen Zentralvereins vorgetragene Bericht über die Tätigkeit der Organisation zeugt davon, daß die Landwirtschaft sich durch die unermesslich schwierigen Verhältnisse von der Arbeit nicht abschrecken läßt, sondern sie mit Energie da weckt, wo sie erstorben ist. In dem Bestreben, die Landwirtschaft zu mobilisieren, sind den Besatzungsbehörden die dringendsten Bedürfnisse vorgetragen worden, und man hat ein bedeutendes Quantum Getreide zur Aussaat erhalten. Man machte erfolgreiche Schritte zur Belebung des Getreidehandels zu Beginn des Krieges, zur Einführung eines Hypothekendarlehens, zur Bestätigung einer besonderen Hilfskreditkasse, die wegen der Änderung der Situation im Lande nicht ins Leben getreten war, zur Verständigung mit den Landwirten in Rußland, deren Ergebnis war, daß man nahezu 60 000 Rubel erhielt, die zu Darlehen für die Landwirte bestimmt wurden.

Die Mittel der Rettungsaktion, wie die Agrarbank, der Selbsthilfsbund der Landwirte und der Verband der Kreditgenossenschaften, Organisationen, die früher bereits projektiert waren, werden heute verwirklicht. Als eine der hervorragendsten Tätigkeiten des Vereins ist die Bildung einer Registratur für die Kriegsschäden in der Landwirtschaft zu betrachten. Bisher hat man auf dem deutscherseits besetzten Gebiet 44 Kreis- und 57 Gemeindefunktionen gegründet, deren Tätigkeit sehr fruchtbringend war. Auch das Gebiet des landwirtschaftlichen Schulwesens wurde nicht vernachlässigt. Erneut aufgenommen wurde die Arbeit in den landwirtschaftlichen Schulen und in den Kursen für die Bauern.

Bei alledem hat der Hauptrat die bürgerliche Verantwortung nicht vergessen, welche auf ihm als dem Vertreter einer einflussreichen gesellschaftlichen Schicht lastet. Als der Hauptrat davon erfuhr, daß der Branntweinverbrauch unter den breiten Volksmassen in erschreckender Weise im Zunehmen begriffen sei, sowohl infolge des Mangels an Vorschriften, die den Spiritusverkauf regelten, als auch infolge der nicht allzustrengen Kontrolle dieses Verkaufs, da appellierte er an die Mitglieder des landwirtschaftlichen Zentralvereins dahin, daß sie die Spiritusproduktion nach Möglichkeit einschränken möchten:

„Da wir die Tatsache des übermäßigen Branntweinverbrauchs als ein vom Gesichtspunkt der physischen und moralischen Gesundheit der Nation schädliches Symptom betrachten, können wir diese Tätigkeit nicht mit Stillschweigen übergehen, und wir fordern die Brennereibesitzer auf, sie möchten sich von Erwägungen des Gemeinwohls leiten lassen und da, wo es möglich ist, die Verarbeitung der Kartoffeln zu Spiritus einschränken und sie vielmehr als Rohprodukt veräußern, das doch zur Ernährung der Bevölkerung so unbedingt nötig ist.“

Außer diesem ungünstigen Symptom wurde auf der Zusammenkunft die Energie und Widerstandsfähigkeit des polnischen Landwirts, insbesondere des polnischen Bauern hervorgehoben, der bis zuletzt auf seinem Posten ausharrte und ihn erst unter dem Druck der äußersten Gewalt verließ. Es ist das ein für die Zukunft tröstliches Unterpfand für unsere Kraft und Ausdauer.

Auf dieses tiefe Gefühl der Verantwortung und der Anhänglichkeit des polnischen Bauern und Landwirts an den Boden müssen wir unsere Hoffnungen und unsere feste Zuversicht zu weiterer Arbeit stützen.

Auch in Galizien hat sich die Arbeit auf dem Lande belebt. Auch dort ist die Hälfte der zu dem Gutsareal

gehörenden Grundstücke weder bestellt noch besät wegen des Mangels an Saatgut und Arbeitern. Auch dort sind die Kriegsschäden schrecklich. Es erwacht aber eine energische Aktion zur Rettung des sich den polnischen Händen entziehenden Bodens. Wir werden untrüglich ein Echo aller dieser Arbeiten in den Zusammenkünften der Landwirte finden, die in nächster Zeit in Lemberg stattfinden werden.

Aus Nr. 66 der Godzina Polski (Lodz)
vom 5. März 1916:.

Die Abwesenden.

Vor kurzem zeigte sich in den Blättern ein Aufruf Heinrich Sienkiewicz', der das Schweizer Komitee gegen Vorwürfe in Schutz nahm. Wo und von welcher Seite diese Vorwürfe erhoben wurden, nach welcher Richtung hin sie gingen, ist uns nicht bekannt, da wir in der Presse nichts gelesen haben und Sienkiewicz selbst auf sie nicht näher eingeht. In Anbetracht dessen fällt es schwer, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob diejenigen, die gegen das Schweizer Komitee in Beven auftraten, hierzu berechtigt waren. Und auch nicht darum geht es uns in dem gegenwärtigen Augenblick. Für uns ist es wichtiger, was im Zusammenhang mit diesen Vorwürfen Sienkiewicz über die Haltung der Volksgesamtheit gegenüber der sich abspielenden kriegerischen Ereignissen sagt.

Galizien und das Königreich sind vom Kriege schwer heimgesucht worden. Der Einfall der Russen in Galizien einerseits und ihr verwüstender Rückzug aus dem Königreich Polen andererseits hat viele Existenzen zugrunde gerichtet, zahlreiche Städte und Dörfer dem Erdboden gleich gemacht, die Arbeitswerkstätten vernichtet und Tausende von Menschen des Lebensunterhalts und der Möglichkeit des Erwerbs beraubt. Der Staat, dem das verwüstete Land gehört, hat in erster Linie die Pflicht, der vom tragischen Schicksal betroffenen Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Diese Pflicht hat Preußen begriffen und der durch den Einfall der Russen verwüsteten Provinz Ostpreußen sofort ergebige Hilfe zuteil werden lassen. Hinsichtlich Galiziens lastet diese Pflicht auf Österreich-Ungarn, das gleichfalls schon gewisse Schritte unternommen hat, um die Wunden, die der Krieg den dortigen Polen geschlagen hat, zu heilen.

Einzig und allein das Königreich Polen entbehrt der eigentlichen staatlichen Fürsorge und ist auf fremde Hilfeleistung angewiesen. Die Organisation dieser Hilfeleistung hat u. a. auch das Schweizer Komitee übernommen, an dessen Spitze Sienkiewicz, Paderewski und Osuchowski stehen. Das Komitee sammelt nach Kräften Fonds, um der durch den Krieg vernichteten Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Bis jetzt ist es dem Komitee gelungen, ungefähr 4 000 000 Rubel aufzubringen. Die Bemühungen dieser Leute wird die Volksgesamtheit zweifellos mit dankbarem Herzen anerkennen, und es wird ihnen deshalb wohl niemand einen Vorwurf machen, solange das Komitee oder seine Mitglieder nicht aus ihrer Rolle als Vermittler menschlicher Barmherzigkeit hervortreten. Mit dem Augenblick jedoch, wo als Erwiderung auf die nicht näher bekannten Vorwürfe irgend ein Komiteemitglied das Wort ergreift und seine Meinung über Fragen zum Ausdruck bringt, die mit den eigentlichen Aufgaben des Komitees in keinem Zusammenhang stehen, hört es auf, in seiner früheren Eigenschaft aufzutreten, und muß damit rechnen, daß hinsichtlich seiner Anschauung eine entgegengesetzte Meinung bestehen kann. Etwas anderes ist nämlich Wohltätigkeit und Barmherzigkeit und etwas anderes Politik. Man kann nämlich verstehen, nach verschiedener Art und sogar mit Erfolg mit der Sammelbüchse zu schütteln, daraus

geht aber nicht hervor, daß man dadurch in noch anderen Fragen geschickt sein muß.

Sienkiewicz behauptet, daß die wichtigste Frage heute die Rettung des bedrohten polnischen Lebens sei. Niemand wird dem Verfasser der Trilogie irgendwelche Vorhaltungen darüber machen können, daß er einer solchen Ansicht ist und daß er, dieser Ansicht folgend, sich mit dem Sammeln von Gaben befaßt. Wir können aber nicht umhin, unsere Verwunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß er seine Anschauung als Grundsatz aufstellt und alle übrigen Fragen, die unser Vaterland betreffen, in den Hintergrund stellt. Wenn die Summen, die das Komitee gesammelt hat, noch dermaßen wären, daß sie nicht nur die Vinderung des menschlichen Elends, sondern auch den vollständigen Wiederaufbau des Landes und seine Errichtung auf festen wirtschaftlichen Fundamenten garantieren würden! Dann würde der Gedanke, diese Aktion in den Vordergrund zu stellen, gerechtfertigt erscheinen. Aber was bedeuten 4 000 000 Rubel gegenüber dem heutigen Elend! Soll denn die riesige Mehrheit, die nicht ernährt werden kann, vor Hunger zugrunde gehen? Hat man sich denn an die Völker Europas und Amerikas, von der Schweiz aus deshalb gewandt, damit diejenigen, die jene 4 000 000 Rubel vor dem Hungertode bewahrt haben, wieder in die russische Sklaverei zurückkehren, und daß sich der Deckel des sich öffnenden Sarges wieder von neuem über Polenschießt?

4 000 000 Rubel sind der Unterhalt für kaum 20 000 Menschen auf ein Kriegsjahr. Der Krieg aber währt schon 1½ Jahre, und es ist nicht vorzusehen, wann er enden wird. 20 000 Menschen sind mithin eine wichtigere Frage als das Schicksal und die Zukunft eines 20 000 000 Volkes! Denn diese Ansicht vertritt Sienkiewicz, wenn er die Hilfsaktion für Polen in der gegenwärtigen Zeit für das Wichtigste hält. Einen solchen Standpunkt kann man kaum billigen. Man kann der Ansicht sein, daß für das polnische Volk passives Verhalten gegenüber dem geschichtlichen Kataklysmus das Beste sei, man kann die Politik des aktiven Kampfes oder einer nach einem bestimmten klar umschriebenen Ziel gerichteten friedlichen politischen Aktion propagieren, aber es bleibt und ist die Haltung der Volksgesamtheit gegenüber den sich abspielenden Ereignissen und die Tätigkeit, die darauf gerichtet ist, für Polen eine bessere Zukunft zu erkämpfen, unsere wichtigste Aufgabe in dem gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick.

Sienkiewicz begründet seine Anschauung poetisch damit, „daß wir das Gebäude unserer Zukunft nur dann aufrichten können, wenn die Blitzschläge das Baumaterial, die zum Errichten der Mauern unerläßlichen Ziegelsteine nicht zerschmettern und die Stürme die Masse nicht nach allen vier Windrichtungen zerstreuen werden.“ Glaubt denn der greise Schriftsteller, daß vier oder gar zehn Millionen Rubel im Stande sein werden, die Zerschmetterung dieser Ziegelsteine, auf denen das Gebäude der Zukunft errichtet werden soll, zu verhindern? Eine Antwort darauf ist wohl überflüssig!

Ein bestimmter Teil unserer Volksgesamtheit erachtete die Politik der Passivität als die einzig angezeigte für unser Volk. Die Quelle dieser Anschauung lag in Petersburg und in jenen Empfindungen, die nur eine hundertjährige Sklaverei zum Ausdruck bringen konnte. Heute wird die Zahl dieser Leute immer kleiner, und der aufmerksame Beobachter wird in unserer Volksgesamtheit einen bedeutenden Umschwung feststellen können, der darin zum Ausdruck kommt, daß man nach Wegen sucht, die unser Volk gehen muß. Diese Wege sind noch nicht gesteckt, aus welchen Gründen, wollen wir vorläufig noch nicht erörtern. Es ist aber Tatsache, daß sich immer klarer die Anschauung bildet, daß der Augenblick gekommen ist,

in welchem die Polen über ihre Zukunft nachdenken und für sie schaffen müssen. Denn gibt es denn für uns etwas Teureres, als unsere Zukunft? Sienkiewicz allerdings behauptet, daß die wichtigste Forderung heute das Einsammeln von Gaben ist!

Wir wiederholen, daß wir die Verdienste der einzelnen Komiteemitglieder zum Zwecke der Aufbringung von Fonds durchaus anerkennen und daß die Volksgesamtheit vor ihrer Aufopferung und Kühnheit das Haupt beugen muß. Aber wir müssen gleichzeitig von denjenigen, die in der Reihe der Führer des Volkes stehen können, fordern, daß sie die Frage der Zukunft Polens auf den Platz stellen, auf den sie hingehört und daß sie durch ihr Auftreten nicht die Bestrebungen derjenigen lähmen, die nicht nur „daran denken, daß man Politik gegenüber der Zukunft treiben kann und muß,“ sondern die für diese Zukunft ihr Leben und ihre Arbeit opfern, weil sie im schwersten Augenblicke im Volke und mit dem Volke sind.

Aus Nr. 61 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 1. März 1916.

Eine Adresse an den heiligen Vater.

In einer Sitzung des Hauptfürsorgetrats wurde beschlossen, an den heiligen Vater eine Adresse zu übersenden. In dieser Adresse legte der Haupttrat die Lage des Landes hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln dar und bittet den heiligen Vater, bei der englischen Regierung dafür einzutreten, daß England zur Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika nach dem Königreich Polen seine Einwilligung erteile.

Die Adresse wird durch Vermittelung des päpstlichen Nuntius in München überreicht werden.

Aus Nr. 50 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. März 1916.

Gegen den Wiederaufbau von Kalisch.

Im „Kurjer Polski“ vom 16. d. Mts. findet sich ein Leitartikel mit der Überschrift „Der Wiederaufbau von Kalisch“. In diesem Artikel nimmt aus Anlaß des Ablaufs des Termins für den Wettbewerb zum Wiederaufbau dieser unglücklichen Stadt, der von dem Warschauer „Architektenzirkel“ unter Mitwirkung hervorragender Bürger aus der Verwaltung der Stadt Kalisch ausgeschrieben worden war, der Kalischer Abgeordnete A. Parczewski, der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Warschau, das Wort.

Der Abgeordnete Parczewski sagt: Ist wirklich der gegenwärtige Moment passend zum Aufbau? Ich bitte, sich zu vergegenwärtigen, daß ungefähr der dritte Teil der Stadt verbrannt ist, wenn man die Feststellung des Verhältnisses zur ganzen Stadt in Betracht zieht. Wenn wir jedoch das Verhältnis in Bezug auf den wirtschaftlichen Wert bestimmen wollen, so müssen wir sagen, daß das wertvollere Stadtviertel, nämlich das Zentrum der Stadt verbrannt ist, während nur die schwächer bebauten Peripherien übriggeblieben sind. Vor dem Kriege hatte Kalisch gegen 70 000 Einwohner. Wie groß die Anzahl der Einwohner jetzt ist, ist schwer zu schätzen, aber als ich im Oktober v. Js. in Kalisch war, bemerkte ich, daß leerstehende Wohnungen im Überfluß vorhanden sind. Daraus kann man schließen, daß es der Bevölkerung nicht an Unterkunft fehlt. Ich setze auch nicht voraus, daß die Kalischer über die Mittel zum Aufbau verfügen. Höchstwahrscheinlich befinden sich viele Grundstückseigentümer gegenwärtig in Rußland. Wer wird daher zu diesem Wiederaufbau schreiten? Es ist jetzt nicht die Zeit für den Wiederaufbau gegeben.

— Warum stimmt somit die Stadtverwaltung den Entwürfen zu?

— Es kann nicht schaden, einen fertigen Entwurf zu haben.

— Es soll auch bereits von irgend einem Berliner Architekten ein Bebauungsplan fertiggestellt worden sein?

— Ganz recht. In dieser Angelegenheit hörte ich von Kalisch, daß dieser Plan allgemeine Unzufriedenheit hervorrufen habe. Er rechnet nicht mit dem finanziellen Stande der Stadt und führt radikale Änderungen ein. Eigentlich ist er der Entwurf zur Gründung einer neuen Stadt und nicht zum Wiederaufbau von Kalisch.

Im weiteren Verlaufe lenkte der Abgeordnete von Kalisch die Aufmerksamkeit darauf, daß das Zentrum von Kalisch nach einem alten Plane aufgebaut werden müßte. Seine Geschichte sei mit der alten Geschichte der Stadt verknüpft; man kenne diesen Stadtteil schon seit dem 12. Jahrhundert, als Kalisch das Magdeburgische Recht verliehen wurde. Dieser Plan ähnele in seinen allgemeinen Zügen dem Typus aller polnischen Städte, Warschau, Posen, Krakau und Lemberg. Der Marktplatz und die planmäßig von ihm ausgehenden Straßen, das sei der grundsätzliche Typus zur Anlage der Städte in dem Plan der Piasten. Heute liege keine zwingende Notwendigkeit vor, um diesen traditionellen Typus aufzugeben.

Aus Nr. 62 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 3. März 1916.

Eine Gerichtsverhandlung gegen Polen in Smolensk.

Nach den „Russ. Wiedom.“ hat in Smolensk ein politischer Prozeß stattgefunden. Die Angeklagten waren sämtlich Polen. Die Anklageschrift beschuldigte sie der Losreißung des „Weichselgebiets“ von Rußland. Die Verhandlungen fanden natürlich bei verschlossenen Türen statt. Nur das Urteil wurde öffentlich verkündet. Es wurden insgesamt 8 Personen verurteilt, davon Brenner zu 8 und Benke zu 6 Jahren Zwangsarbeit; zwei Personen wurden in die Verbannung geschickt und vier erhielten Gefängnisstrafen. Zwangsarbeit, Verbannung, Gefängnis! Drei schreckliche Worte, die bis vor kurzem noch unser täglich Brot waren! Würde es sich nicht empfehlen, aus öffentlichen Gaben einige, nur die drei Worte wiederholenden Sprechmaschinen zu kaufen und sie dem Herrn Lednicki, Harusiewicz, Ehrenberg usw. zu schenken? Vielleicht würden ihnen diese Worte, wenn auch nur für einen Augenblick, Anlaß zum Nachdenken geben und sie von der Krankheit des Neoflavisismus heilen.

Aus Nr. 53 des Narodowiec (Herne)
vom 4. März 1916.

Ein neues polnisches Blatt.

In Wilna erscheint seit einiger Zeit ein neues polnisches Blatt betitelt: „Dziennik Wilenski“. Herausgeber ist der Geistliche A. Rutkowski, als verantwortlicher Redakteur zeichnet St. Lukasiewicz. Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Aus Nr. 53 des Dziennik Poznański, Posen
vom 5. März 1916.

Die jüdische Frage im Königreich Polen.

Weit wichtiger als die nationale oder politische ist die sozial-wirtschaftliche Seite der jüdischen Frage im Königreich Polen. Man muß sich die Lage vorgegenwärtigen. Die Juden bilden gegenwärtig in diesem Lande nach der einen Berechnung 14, nach

anderer Berechnung sogar 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. Es ist das zweifellos ein ziemlich bedeutender Prozentsatz, und seine Unbequemlichkeit wird vermehrt durch die Art und Weise der Verteilung der Juden. Man muß erwägen, daß die Massen der Juden fast ausschließlich in den Städten zusammengedrängt sind. In Warschau bilden die Juden 36,28 Prozent der Bevölkerung; in anderen Städten und Siedelungen des Königreichs Polen beträgt ihre Bevölkerungsquote 40—80 Prozent. Die jüdische Bevölkerung beschäftigt sich nur zu einem unbedeutenden Teile mit Gewerbe und Handwerk; ihre Beteiligung an der Landwirtschaft ist eine minimale. Die riesige Mehrheit lebt vom Kleinhandel und von aller Art Vermittlertätigkeit. Diese Bevölkerung wächst ungeachtet der ziemlich bedeutenden Auswanderung unablässig, und indessen verringern sich in dem Maße des Sichentwickelns des örtlichen Elements für die Juden die Erwerbsquellen. Bis noch vor kurzer Zeit konnte kein selbst noch so geringfügiges Geschäft ohne die Beteiligung einiger jüdischer Vermittler ausgeführt werden. Heute werden immer öfter zwischen Produzenten und Abnehmern Beziehungen angeknüpft unter Ausschaltung der Vermittler. Gleichzeitig beeinträchtigt die Entwicklung der verschiedenartigen Kooperative, die Gründung von Konsumgeschäften in den Städten, Siedelungen und Dörfern den jüdischen Handel immer empfindlicher. Auf diese Weise bildet sich ein Zauberkreis heraus, aus dem den entsprechenden Ausweg zu finden überaus schwierig ist.

Jedenfalls sind die aus dem jüdischen Lager kommenden Klagen über das immer bedrohlichere Sichausbreiten des Antisemitismus inmitten der polnischen Bevölkerung des Königreichs ungerechtfertigt. Denn hier kommt fast ausschließlich die Selbstverteidigung der Volksgemeinschaft gegen ganz ungerechte Ausbeutung in Frage. Nicht Haß gegen die Juden, sondern Verteidigung des wohlverstandenen eigenen Interesses ist es, wenn man sich der Vermittlung entäußert, welche jedes Geschäft unnötig verteuert, und wenn man Geschäfte gründet, in denen der Abnehmer bessere Ware zu einem wohlfeileren Preise erhält. Es ist begreiflich, daß eine solche Aktion in den unmittelbar davon betroffenen Kreisen Unwillen hervorruft. Aber dieser Unwille entbehrt der rechten Grundlage, und dabei verschlimmert er lediglich die Lage der Juden, indem er im gegnerischen Lager den gebührenden Wiederhall weckt.

Nicht in dem utopischen Streben der Juden nach politischer Autonomie, sondern auf dem ganz realen sozial-wirtschaftlichen Boden ruht somit der Schwerpunkt der jüdischen Frage im Königreich Polen und gleichzeitig die riesige Schwierigkeit einer einigermaßen befriedigenden Lösung derselben. Die Juden büßen geradezu den wirtschaftlichen Boden unter den Füßen ein; denn es verringern sich mit jedem Tage ihre bisherigen Erwerbsquellen. So steigert sich in erschreckender Weise das Elend unter den Massen des jüdischen Proletariats, das sogar trotz der sprichwörtlichen Fähigkeit in der Einschränkung seiner Lebensbedürfnisse bei der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der gegenwärtigen Richtung hin seinen schließlichen Ruin vor sich sieht. Dieser Ruin droht dem polnischen Judentum nicht anlässlich des Antisemitismus, nicht aus den oder jenen politischen Gründen, sondern vor allem wegen der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der jüdischen Bevölkerung im Königreich Polen. Selbst die umfangreichste politische Autonomie, die vollsten bürgerlichen Rechte werden den zweifellosen Fall des Judentums im Königreich nicht aufhalten, wenn die jüdische Bevölkerung fortgesetzt ein Element bilden wird, welches ein Schmarogerleben führt und sich ausschließlich einigen bis zur Unmöglichkeit überfüllten Erwerbszweigen hingibt.

Und dennoch bildet die Regelung der jüdisch-polnischen Verhältnisse nicht bloß für die Juden, sondern auch für die polnische Bevölkerung ein Problem, welches für die ganze künftige Gestaltung der polnischen Verhältnisse eine riesige Bedeutung hat. Diese Aufgabe zu lösen, strengen sich schon seit langem, vor allem aber in letzter Zeit, sehr zahlreiche Politiker, Soziologen und Publizisten aus verschiedenen Lagern und Völkern an. Bisher ist es jedoch niemandem gelungen, einen einigermaßen geeigneten Schlüssel für dieses Rätsel zu finden. Viel Köpfe, viel Sinne. Die Frage verwirrt sich aus dem Grunde immer mehr, weil sich in letzter Zeit mit dem Geschick der Juden im Königreich immer eifriger mit den örtlichen Verhältnissen und Bedingungen nicht vertraute ausländische Patrone zu befassen begannen, die unter den ungebildeten jüdischen Massen Hoffnungen wecken, welche die Zukunft auf keinen Fall zu erfüllen vermag. Das Herausbilden eines richtigen „modus vivendi“ zwischen den Juden und der polnischen Volksgesamtheit im Königreich ist ausschließlich Sache der lokalen Faktoren. Jede fremde Einmischung kann die Sache nur verschlimmern.

Aus Nr. 50 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. März 1916.

Aus Warschau wird mitgeteilt:

Im laufenden Monat trafen in Warschau die Delegierten des jüdischen Komitees aus Berlin ein, welches sich mit den Angelegenheiten der Juden im Osten befaßt, nämlich: Professor Sobernheim, der bekannte Egyptologe, ferner die Rechtsanwälte Bodenheimer und Friedmann. Herr Bodenheimer hat die zionistische Agitation in Köln betrieben und im verflossenen Jahre die separatistische Arbeit in Lodz unter den dortigen Juden geleitet. Als Zweck des Besuchs in Warschau gaben die jüdischen Emissäre aus Berlin den Wunsch an: sich über die Lage der Juden im Königreich zu informieren, sich über die polnisch-jüdischen Verhältnisse zu orientieren und mit den Vertretern der jüdischen Kreise betreffs ihrer Forderungen sich zu verständigen. Zu diesem Zwecke hielten die Herren Sobernheim, Friedmann und Bodenheimer eine Reihe von Beratungen mit den Vertretern aller jüdischen Richtungen ab, desgleichen mit einigen polnischen politischen Kreisen in Warschau. Auf ihren Wunsch wurde eine Versammlung abgehalten, an welcher alle politischen und kulturellen jüdischen Richtungen von den polnischen Assimilatoren bis zu den Litauern teilnahmen. Nachdem die Berliner Delegierten Aufklärung geboten hatten, gab jede von den Gruppen hinsichtlich ihres Standpunktes eine Erklärung ab, und diese Erklärungen ergaben ein unerhörtes Voneinanderabweichen der Forderungen der einzelnen jüdischen Gruppen.

Die polnischen Juden erklärten von vornherein, sie könnten nicht an den politischen Erörterungen teilnehmen, welche darauf abzielten, die jüdische Frage in dem Augenblick abzuurteilen, in welchem die Gesamtgestalt der polnischen Frage noch nicht einmal Gegenstand einleitender internationaler Verhandlungen sei. Die Assimilatoren erklärten ebenfalls, daß sie in Zukunft an keiner spezifisch-konfessionellen Repräsentanten-Organisation teilnehmen würden und eine Erörterung der einzelnen Elemente der jüdischen Sache nicht unternehmen wollten, was zu neuen gegenseitigen Beschuldigungen führen müßte. Nach längeren Verhandlungen traten die Berliner Delegierten mit dem Vorschlage hervor, das Programm der jüdischen Frage auf der Grundlage der kulturellen Autonomie festzulegen unter Reduzierung der Sonderbestrebungen der Juden bis zur Grenze der Kulturangelegenheiten. Das Bestreben zur Bildung von jüdischen Kurien in den politischen und Selbstverwaltungskörperschaften, zur Einführung einer Sonderstellung vor den Behörden und vor Gericht

Charakterisierte man als ein unbilliges Verlangen, das polnischerseits nicht zugestanden werden könnte. Die autonomen Forderungen müßten in den Grenzen eines selbständigen jüdischen Schulrats gehalten sein.

Mit Ausnahme des Vertreters der Nationalisten nahmen die Gruppen der konservativ-orthodoxen jüdischen Polen und die Vertreter der jüdischen Arbeiterkreise im Prinzip die Vorschläge der Berliner Delegierten an.

An der letzten gemeinschaftlichen Sitzung der Berliner Delegierten mit den jüdischen Vertretern nahmen gleichfalls 3 deutsche Abgeordnete von der fortschrittlichen Volkspartei, nämlich die Herren Gothein, Junk und Waldstein teil, welche nach Warschau gekommen waren, um sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Königreich zu orientieren. Diese Abgeordneten mischten sich in die Beratungen nicht ein und beobachteten lediglich den Standpunkt der einzelnen jüdischen Gruppen. Die Berliner Delegierten besuchten gleichfalls einige jüdische Zentren in Warschau und Umgegend (Gora Kalwarya), um sich mit den Verhältnissen der jüdisch-polnischen Ghettos bekannt zu machen. Wie man uns mitteilt, nahmen sie von dort die niederdrückendsten Eindrücke mit und brachten auch ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, mit welchem Recht manche jüdische Publizisten in Deutschland Heftigkeit für die angebliche „kulturelle Eigenart“ der polnischen Juden gemacht hatten unter Bekämpfung der Assimilierungs- und zivilisatorischen Bestrebungen.

Aus Nr. 106 des Czas (Kraukau)
vom 28. Februar 1916.

Betrifft Beseitigung des deutschen Sprachunterrichts in den Volksschulen des von den Österreichern besetzten polnischen Gebiets.

Petrikau, den 27. Februar 1916.

Eine Reihe von Aufklärungs- und Lehrer-Organisationen unter der österreich-ungarischen Okkupation im Königreich Polen ist bei dem Generalgouvernement in Lublin vorstellig geworden und hat ihm Denkschriften vorgelegt in Sachen der Beseitigung des deutschen Sprachunterrichts aus dem Programm der reorganisierten Volksschulen im Königreich Polen.

Die Denkschriften unterstützen ihre Anträge mit folgenden Argumenten:

1. Der Beginn des deutschen Sprachunterrichts von der dritten Klasse an würde die Berücksichtigung eines systematischen Unterrichts der polnischen Grammatik schon im zweiten Schuljahr erfordern und mit diesem Gegenstande den Lehrplan der dritten Klasse belasten, weil „die polnische Grammatik der deutschen vorangehen muß“ gemäß der einschlägigen Instruktion des galizischen k. k. Landeschulrats. (Auf dem Gebiete der Organisation des Volksschulwesens im Königreich Polen sind mit wenigen Ausnahmen die Anordnungen des galizischen Landeschulrats bindend.) — Ein zu frühzeitiger Unterricht der Grammatik ist, bevor sich das Kind einen größeren Sprachschatz aneignet, nutzlos und macht gegen den Unterricht überhaupt abgeneigt, ist also für die Entwicklung des Kindes und der Schule schädlich.
2. In Anbetracht dessen, daß die überwiegende Zahl der städtischen Kinder, wie bisher, nicht länger als vier Jahre die Schule besuchen wird, wird der Unterricht einer fremden Sprache, wenn er sich nur auf das dritte und vierte Schuljahr beschränkt, keine Ergebnisse zeitigen, er wird nur die Zahl der Lehrstunden einschränken, welche für die bisher in der Volksschule vernachlässigten Gegenstände bestimmt sind, wie die Muttersprache, die Kenntnisse der Landeskunde und die Ge-

schichte des Heimatlandes, die für unsere Kinder so unentbehrlich sind. In Anbetracht des Tiefstandes der Kultur unserer Volksmassen hat diese Rücksicht für uns eine weit größere Bedeutung, als für ein Volk, in welchem eine so bedeutende Kluft des Kulturzustands zwischen der Masse und der Intelligenz nicht vorhanden ist. Angesichts des bisherigen Systems der Entnationalisierung durch die russische Schule kann nur eine breite Berücksichtigung des polnischen Sprachunterrichts den Übergang von dem bisherigen Zustand zu der Stufe einer höheren Allgemeinbildung ermöglichen.

3. In Galizien, wo die Notwendigkeit der deutschen Sprache, wie behauptet wird, durch das Interesse des Heeresdienstes gerechtfertigt ist, hat die Erfahrung gezeigt, daß der deutsche Sprachunterricht bei kleinen Kindern zu keinem Ziele geführt hat; die Kinder vergessen infolge des Mangels an Übung die fremde Sprache vollständig. Wie die im Austrage des Landtages von dem galizischen k. k. Landeschulrat durchgeführte Enquete im Jahre 1909 ergeben hat, erklärten sich die angesehensten pädagogischen Institute (Denkschrift des Vereins der Lehrer höherer Lehranstalten, eingereicht im Jahre 1910 an den k. k. Landeschulrat) und die hervorragendsten Männer auf dem Gebiete des Schulwesens gegen die deutsche Sprache.
4. Endlich ist der Unterricht einer fremden Sprache in der Volksschule in den Augen des Volkes im Königreich Polen das Symbol politischer Knechtschaft und Bedrückung, die obligatorische Einführung der deutschen Sprache wird also zur Quelle einer unerwünschten Gärung, erregt Abneigung und Erbitterung und erschwert dadurch den schweren nationalen Prozeß der Konsolidierung der polnischen politischen öffentlichen Meinung.

Die Denkschrift wurde von einer besonderen Delegation dem Generalgouverneur Baron Diller Anfang Februar überreicht. Die Delegation erhielt seitens des Generalgouvernements die Versicherung, daß die in der Denkschrift berührten Fragen den obersten Okkupationsbehörden vorgelegt werden würden, daß in diesen Angelegenheiten bereits gewisse Schritte unternommen worden seien und daß wahrscheinlich die deutsche Sprache fakultativer Gegenstand in den Volksschulen, wie auch in den vom Generalgouvernement geplanten Kursen für Lehrer der städtischen Schulen sein werde. Die in den Denkschriften von Petrikau und Lublin berührten Angelegenheiten betreffend die Zulassung der Volksgesamtheit zur Mitarbeit auf dem Gebiete des Schulwesens durch Berufung von Schulräten sollen für die Volksgesamtheit ebenfalls günstig entschieden werden.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 2765 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 2. März 1916.

Um die Zukunft Polens.

Wien, den 1. März.

Die Erklärung des Fürsten Liechtenstein bei der Tagung der christlich-sozialen Partei, daß das Königreich Polen in seinem ganzen Umfange ungeteilt Österreich angegliedert werden würde, hat die polnische Presse als Tatsache von weittragender Bedeutung mit Recht gekennzeichnet. Fürst Liechtenstein sprach seine Behauptungen nicht in den Wind, sondern zweifellos im Einverständnis mit den maßgebenden Faktoren der

Monarchie. Daß dem wirklich so ist, bezeugt ein in Nr. 104 der „Münchener Neueste Nachrichten“ vom 27. Februar veröffentlichtes Telegramm, welches folgendermaßen lautet:

Vor nicht langer Zeit schrieb Dr. Grabowsky ein Buch, in welchem er sich für die Einführung eines österreichisch-deutschen Kondominiums im Königreich Polen erklärte. Das Buch Dr. Grabowskys konnte in Wien keinen großen Eindruck hervorrufen, nachdem gerade vor einigen Tagen der Landmarschall von Niederösterreich Fürst Liechtenstein in einer Jahresversammlung der christlich-sozialen Partei erklärt hatte, daß das Königreich Polen Österreich zufallen werde. In Anbetracht der dem Bündnis mit Deutschland treuen Anschauungen des Fürsten Liechtenstein und in Anbetracht des politischen Ansehens seiner Persönlichkeit kann man mit Sicherheit annehmen, daß er eine solche Erklärung in so bestimmter Form nicht abgeben würde, wenn er hinsichtlich der Absichten sowohl Österreich-Ungarns als auch Deutschlands keine völlige Gewißheit hätte.

Das ist die Meinung des Münchener Blattes, welches bekanntlich Beziehungen zu den amtlichen Kreisen Österreich-Ungarns hat. Die Erklärung des Fürsten Liechtenstein ist eine sehr klare Antwort sowohl auf die Ausführungen Dr. Grabowskys als auch auf die Sasonows, und sie ist umso wertvoller, als sie in einer Zeit abgegeben wurde da in Wien das Buch Grabowskys wie die Rede Sasonows noch nicht bekannt waren. Die österreichische Presse konnte mit Rücksicht auf die Zensur mit den Anschauungen Grabowskys und verschiedener anderen offenen und verkappten Annexionisten nicht polemisieren. Es geschah also gut, daß ihnen ein Politiker von der Bedeutung, wie Fürst Liechtenstein, eine ganz bestimmte Antwort erteilte. Diese Antwort ist umso wichtiger, als sie, wie das Münchener Blatt feststellt, nach vorhergehender Verständigung mit den maßgebenden Faktoren Österreich-Ungarns und Deutschlands getan wurde. Die polnische Volksgesamtheit, hinsichtlich der Zukunft Polens solange Zeit durch Ungewißheit gequält, erhielt seit dem Ausbruch des Krieges zum ersten Male die konkrete Versicherung, daß das Königreich Polen nicht geteilt werden wird.

Bezeichnend ist, daß Fürst Liechtenstein nicht von Österreich-Ungarn, sondern nur von Österreich spricht. Die Ausführungen des Fürsten Liechtenstein bestätigen zum Teil die amtliche Berliner „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Sie wiederholt das, was der deutsche Reichskanzler von Bethmann Hollweg schon einmal erklärt hat, nämlich, daß das Königreich Polen an Rußland unter keiner Bedingung zurückgelangen werde. Diese Erklärung ist nicht neu, aber es ist gut, daß das amtliche deutsche Organ sie wiederholt. Sie schlägt den verschiedenen Intriganten in Deutschland und leider auch bei uns in Polen die Waffe aus der Hand, den Intriganten, welche durch absichtliche Verbreitung falscher Gerüchte von der Teilung des Königreichs Polen oder von der Absicht Deutschlands, es Rußland zurückzugeben, in der polnischen Volksgesamtheit Niedergeschlagenheit und eine Desorientation hervorrufen möchten. Die Leser der „Gazeta Wieczorna“ kennen schon die Antwort des „Neuen Wiener Tageblattes“ auf die kuriose Ansicht des Dr. Grabowsky hinsichtlich eines Kondominiums im Königreich Polen. Diese Ausführungen wiederholt zustimmend der halbamtliche „Pester Lloyd“. Auf diese Weise erklärt sich die ernste öffentliche Meinung sowohl in Wien als auch in Budapest gegen die unseligen Ideen der Herren Grabowsky et tutti quanti.

Aus Nr. 118 des Czas (Kraſau)
vom 6. März.

Der polniſche Klub und das Oberſte National- Komitee.

Wien, den 4. März 1916.

Dem Obmann des polniſchen Klubs überreichte heute der Abgeordnete Moyſa einen Beſchluß, welchen am Freitag die Partei der Autonomiſten (Podolier) und das Zentrum geſaßt haben. Dieſer Beſchluß enthält den Entſchluß dieſer Parteien, dem Oberſten Nationalkomitee beizutreten.

Das Intereſſe der Wiener politiſchen Kreiſe war groß. An beiden Tagen, an welchen die Beratungen in Kraſau tagten, richtete man an den Obmann des Klubs und an den Vorſitzenden des Komitees, welcher in Wien weilte, fortwährend Fragen nach dem Ergebnis. Den Ausgang hält man allgemein für ein ſehr bedeutendes politiſches Ereignis überhaupt, welches inſbeſondere für die Polen eine Bedeutung erſten Ranges hat.

Ich erfahre, daß die Abſicht beſteht, auf den 18. dieſes Monats eine Vollverſammlung des Oberſten Nationalkomitees nach Kraſau einzuberufen. Vom 20. d. Mts. ab werden in Wien die Sitzungen der politiſchen und parlamentariſchen Kommiſſion ſowie des polniſchen Klubs beginnen. In dieſen Sitzungen wird der Zeitpunkt einer ebenſo großen Verſammlung, wie ſie am 16. Auguſt 1914 ſtattgefunden hat, feſtgeſetzt werden.

Im Anſchluß an dieſe Nachricht bringt die in Kraſau erſcheinende „Nowa Reforma“ in ihrer Nr. 118 vom 16. März d. J. folgende Notiz:

Von dem Abgeordneten Michael Garapich erhalten wir folgendes Schreiben:

„In einer der letzten Nummern ihres Blattes befindet ſich eine Bemerkung über eine Verſammlung des Zentrums — und des Autonomiſtenklubs —, welche unter meinem Vorſitz am 2. d. Mts. ſtattgefunden hat, wobei bemerkt wurde, daß die Beſchlüſſe der Verſammlung einſtimmig geſaßt worden ſeien. Im Intereſſe der Wahrheit muß ich feſtſtellen, daß die Beſchlüſſe mit ſehr bedeutender Stimmenmehrheit, aber nicht einſtimmig geſaßt worden ſind und daß ſich einer der Anweſenden der Abſtimmung enthalten hat.“

Aus Nr. 428 des Wiener Kurjer Polski (Wien)
vom 27. Februar 1914.

Saſonow — zur Antwort.

Von der „Schweſternation“ — Polen redete der ruſſiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten Saſonow zu der jüngſt verſammelten Duma und vergoß Tränen ob ihrer ſchrecklichen Vernichtung.

Merkwürdig! Dieſe Liebe zu Polen, dieſe heißen brüderlichen Gefühle regten ſich bei den leitenden ruſſiſchen Staatsmännern erſt im Weltkrieg, erſt dann, als die verbündeten öſterreichiſch-ungariſchen und deutſchen Heere im Königreich Polen einmarſchierten und dem drangſalierten polniſchen Volk in feierlichen Aufrufen verkündeten:

„Die Freiheit bringen wir Euch und die Unabhän-
gigkeit, für welche Eure Väter ſo viel gelitten.“

Dann erſt ſprach der Oberbefehlshaber Nikolaus Nikolajewiſch die gleißneriſche, allgemein gehaltene Loſung von der Autonomie aller polniſchen Lande unter dem Zepher Moſkauer aus. Damals erſt erhielt das offizielle Moſkau Kenntnis von dem Beſtehen der „Schweſternation“ — Polen.

Merkwürdig! Nach der Befreiung des ganzen Königreichs Polen von der ruſſiſchen Knete im Sommer 1915, als die Regierungen der ſiegreichen Mittelſtaaten der polniſchen Bevölkerung ihre natürlichen nationalen Rechte langſam wiederzugeben be-
ginnen, als im Herbfte 1915 in Anerkennung der hohen, biſher von Moſkau brutal unterdrückten polniſchen Kultur in Waſchau unter der deutſchen Okkupation die polniſche Univerſität entſteht — empfindet die ruſſiſche Regierung das Bedürfnis, die Polen an ihren Schoß zu ſchmiegen, und fordert uns von der parlamentariſchen Tribüne der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten in einer zartfühlenden Rede im Namen unſerer nationalen Ideale zum Kampfe — auf der Seite Rußlands auf! —

Und Miniſter Saſonow bildet ſich ein, daß die Polen das Übermaß der ihnen von Rußland zugefügten Unbilden, alle die unzähligen und ungerechten ruſſiſchen Gewalttaten in der Zeit der von Rußland erſonnenen Teilungen und in der ganzen ſchmerzlichen Epoche nach den Teilungen plötzlich vergeſſen werden, daß ſie die durch die ruſſiſche Bedrückung entſeffelten und dann in Strömen polniſchen Blutes unterdrückten Aufſtände vergeſſen werden, daß ſie die Zwangsarbeit in den Bergwerken Sibiriens, das Schaffot von Hunderttauſenden unſerer Edelſten, vergeſſen werden, daß ſie die maſſenhaften Beſchlagnahmen der Güter unſerer Patrioten, die zwangsweiſe betriebenen Befehrungen der Uniaten zum orthodoxen Glauben, die Ausrottung unſerer Muttersprache in Schule, Amt und im öffentlichen Leben vergeſſen, daß ſie vergeſſen werden, die noch friſchen Wohltaten des „verfaſſungsmäßigen“ Rußland: die Abtrennung des Chelmer Landes, die verzerrte ſtädtiſche Selbſtverwaltung mit der ruſſiſchen Amtssprache, die Entlaſſungen der polniſchen Beamten der verſtaatllichten Waſchau-Wiener Eiſenbahn, daß ſie vergeſſen werden, wie der ruſſiſche Oberbefehlshaber Nikolaus Nikolajewiſch, der Zerstörer, auf ſeinem ſchimpflichen Rückzuge unſer ſchönes polniſches Land unbarmherzig in Trümmer verwandelte!

Der ruſſiſche Staatsmann ruft den Polen unſere Brüder im Poſenſchen ins Gedächtnis, warnt vor dem „deutſchen Joch“ und vor dem uns von den Deutſchen angebotenen „Linſengericht“ und fordert zum heiligen Kampf mit den „Tyranen aus dem Poſenſchen“ auf. Der ruſſiſche Miniſter überlaſſe den Polen die „Abrechnungen“ mit den Deutſchen! Der Vertreter der Bedrückten der Völker Rußland möge ſich wegen der Unbilden der Polen im Poſenſchen keine Sorgen machen! Wir ſelbſt werden ſchon unſere „Abrechnungen“ mit den Preußen erleben, und wir werden ſie auf dem einzigen, zum Ziele führenden Wege erledigen, welchen der deutſche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wenige Tage nach der Eroberung Waſchaws gewieſen hat — auf dem Wege der polniſch-deutſchen Verſtändigung.

Und der ruſſiſche Staatsmann bildet ſich noch ein, daß er unter der gleißneriſchen Loſung der Autonomie der polniſchen Lande unter ruſſiſchem Zepher und des Haſſes gegen die „Tyranen aus dem Poſenſchen“ ganz Polen im ruſſiſchen Lager erblicken werde. Kann er nicht ſchauen und will er nicht ſehen? Der Weltkrieg tobt ſchon 19 Monate, aber die gleißneriſchen ruſſiſchen Loſungen haben das erwartete Echo biſ jetzt nicht gefunden; und weiß der ruſſiſche Staatsmann nicht, was hinter der Kampf-
linie vorgeht, weiß er nicht, daß ſie ſich dort, wo die polniſche Nation die Möglichkeit einer freien Entwicklung hatte — in der uralten Monarchie der Habsburger — ſofort an der Schwelle des Weltkrieges in ihrer Geſamtheit, ohne Unterſchied der Parteien und mit unbefchreiblicher Begeiſterung gegen Rußland und für die Sache der Mittelmächte erklärt und dieſe

heilige Überzeugung durch die Tat, durch die Bildung der heldenhaften polnischen Legionen Ausdruck verliehen hat? Diese Antwort ist nur zu deutlich!

Aus Nr. 42 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. Februar 1916.

„Sie wollen nicht arbeiten“.

Unter obigem Titel schreibt der „Dziennik Kijowski“ vom 21. v. Mts. folgendes:

In den weiten Gebieten des russischen Reiches verbreiten sich Klagen über die Vertriebenen: „Sie wollen nicht arbeiten.“ Zahlreiche Korrespondenten der russischen Zeitungen stellen diese charakteristische Tatsache immer häufiger fest und heben die sich daraus ergebende Erbitterung aufseiten der eingeseffenen Bevölkerung hervor, welche die Ausgesiedelten zunächst gern und sogar manchmal freundschaftlich begrüßte. Aber die guten Beziehungen zwischen den Ankömmlingen und der einheimischen Bevölkerung beginnen sich langsam zu verschlechtern, die Gereiztheit und Erbitterung wachsen, das russische Dorf klagt, und wenn im weiteren Verlaufe die Vertriebenen sich weigern werden, zu arbeiten, so wird, wie ein gewisser Korrespondent betont, ihnen fast eine „Lynchjustiz“ drohen. Der Vorsitzende der Kreisverwaltung der Landstände in Woronez behauptet, daß er 200 Stellen als Schuldiener angeboten habe (Gehalt, Zimmer mit Heizung und Licht für eine nicht große Familie), daß er aber keinen Vertriebenen gefunden habe, der eine solche Stelle annehmen wollte. Ebenso gelang es nicht, einen ausgesiedelten Lehrer zur Arbeit zu bewegen, trotzdem es ihrer eine beträchtliche Anzahl gab.

Wer auf Grund dieser Tatsachen über die Vertriebenen urteilen wollte, müßte zu der Überzeugung kommen, daß dies in der Tat eine Masse durch die Unterstützungen demoralisierter Müßiggänger sei, wie viele Leute in Rußland meinen. Dringen wir jedoch tiefer in die Seele des Vertriebenen, erforschen wir seine Psyche, greifen wir in die Tiefe seines Ungemachs, dann werden wir die wirkliche Quelle jener „Unlust“ zur Arbeit finden.

Hören wir die Erzählung des Korrespondenten der „Kijowska Mysl“:

Je weiter man ins Innere Rußlands kommt, desto dichtere Massen von ansässigen Vertriebenen, ein desto traurigeres Bild des Lebens der Vertriebenen. In den an und jenseits der Wolga gelegenen Städten sind die Läden, die Ställe und alle unbewohnt stehenden Gebäude mit Vertriebenen angefüllt, trotzdem das lebende Gepäck in allen Gemäuern, bewohnten und unbewohnten Gebäuden nicht untergebracht werden konnte, und man Häuser aus Brettern zusammenfließen mußte, um die Ankömmlinge vor Vernichtung inmitten der Kälte und des Regenwetters unter freiem Himmel zu schützen. Die Überfüllung dieser Höhlen, welche sich nicht zu menschlichen Wohnungen eignen, begünstigt außerordentlich die Entwicklung von Krankheiten und einer furchterlichen Sterblichkeit. Die Kinder sterben buchstäblich aus. Masern, Scharlach, Pocken und Typhus sind die beständigen Gäste in diesen Massenquartieren. Im Gouvernement Tambow ist erst Ende Oktober eine Epidemie von schweren Magen-erkrankungen erloschen. Von 947 Kranken starben 447. In Penza klagte man in allen Komitees über unerhört schlechte hygienische Verhältnisse der Vertriebenen. Aus kalten Waggons gelangten die Unglücklichen in kalte und feuchte Wohnungen und in schnell aufgestellte Zelte, welche vom Winde umgerissen werden. Unter den polnischen Vertriebenen erkranken täglich durchschnittlich 55 Personen und von diesen 5 an ansteckenden Krankheiten. Unter den Juden sind im Laufe von nur 2 Monaten von 1800 Kranken 400 gestorben,

d. h. fast 25 %. Eine große Menge der Vertriebenen ist an Hungertyphus erkrankt.

Dasselbe Bild in Drenburg. Die Unterbringung der Vertriebenen ist in Gebäuden ohne Ofen erfolgt. Nur in dem polnischen Asyl in der Bezakowskistraße ist es trocken, warm, rein und sauber dank dem pedantischen und einsichtsvollen Verwaltungsbeamten, aber dafür herrscht eine ungeheure Überfüllung, bis zu 10 bis 18 Personen in kleinen Kammern, und eine äußerst dürftige Ernährung, was einen ungünstigen Gesundheitszustand zur Folge hat.

In dem Fabrikraum von Hoffmann, in welchem eine furchterliche Überfüllung von Vertriebenen herrscht, ist die Lage schrecklich. Es herrschen Feuchtigkeit und Kälte; ohne Pelz und Überschuhe ist es dort nicht möglich auszuhalten, und doch ist das ein Ort für Menschen, welche weder Pelze noch Überschuhe haben. . . . Von der Zimmerdecke läuft das Wasser herab. Licht fällt nur von einer Seite ein. Inmitten des Raumes sind die Britschen und der Fußboden überschwemmt. Die Vertriebenen haben sich an den Wänden zusammengedrängt. Am Fenster steht ein Tischchen, auf welchem ein totes Kind liegt, angetan mit dem besten Kleide, welches die unglückselige Mutter in ihrer Garderobe hatte. Das ist das tägliche Bild. Das Tischchen steht ständig da und ist immer in Anspruch genommen. In dem Magazin für landwirtschaftliche Geräte von Ebert gab es Tage, an welchen bis zu 6 starben. Im Rechnungsbuch spielt fast täglich in der Abteilung Ausgaben eine Rolle: 1 Kinderjarg 1 Rubel, 1 Kreuzchen 1 Rubel. Bisweilen findet sich in der Abteilung Ausgaben nichts, aber das bedeutet nicht, daß der Tag günstig verlaufen sei. Bisweilen bestellt eine Mutter auf eigene Rechnung ein Särgelein, um die teuren Gebeine nicht in irgend einen fiskalischen Sarg aus ungehobelten Brettern zu legen.

Aber die riesigen Fabrikräume vermögen in Drenburg die „menschliche Ware“ nicht aufzunehmen. Man begann die ungeheure Masse auch außerhalb der Stadt auf dem Felde „auszuladen“. Längs der Eisenbahnlinie wurden über 60 Baracken in der Erde gebaut — ein ganzes Städtchen von Vertriebenen — die Lage und die Lebensbedingungen sind schreckliche. Hier „sterben die Leute wie die Fliegen im Herbst“ riefen die Arbeiter in der Versammlung, die in Sachen der Beteiligung am Vertriebenen-Komitee abgehalten wurde. . . . Von 2400 polnischen Vertriebenen starben im Laufe von 19 Tagen 42, ungeachtet dessen, daß die Polen besser bedient werden als die anderen. Überhaupt sind im Laufe von 1½ Monaten in der Abteilung eines Verwaltungsbeamten 60 Proz. gestorben. In der Baracke Nr. 19 gibt es fast keine Kinder mehr . . . sie sind ausgestorben! —

Wir geben nur einen kleinen Teil dieses Bildes, den Hintergrund des täglichen Lebens der Menschen, welche „nicht arbeiten wollen“ . . . Das sind dieselben Leute, welche in Gebäuden, Baracken und in feuchten, kalten Höhlen zusammengedrängt sind, die sich nicht einmal zur Unterbringung eines Hundes, oder sogar von verdorbenen Waren eignen, dieselben Leute, welche noch unlängst wohlhabende und bemittelte Landwirte, Handwerker und Kaufleute waren, heute aber die unglücklichsten Umherirrenden und Elenden sind, verurteilt zu schlimmeren Lebensbedingungen als die Galeerenfräslinge — Leute, die in ihrer Heimat die arbeitsamsten Menschen waren. Die Arbeit des polnischen Bauern auf seinem eigenen Grund und Boden ist intensiver als die des russischen Volkes, welches über ein größeres Gebiet verfügt, das auch zum beträchtlichen Teile reich und uner schöpflich ist.

Dasselbe polnische Volk, welches zu Hause arbeitssam, vorsorglich und emsig ist, „will nicht“ in der

Fremde arbeiten. Wenn oberflächliche und vorschnelle Urteile gefällt werden, so gibt es kein oberflächlicheres und vorschnelleres als das! Wenn alle die, welche gelegentlich mit unserem vertriebenen Volke in Berührung kommen, in die Tiefe seiner schmerz erfüllten Seele blicken könnten, wenn sie das unerhörte Trauerspiel seines Lebens nachfühlen könnten, so würden sie anders sprechen: diese Menschen können nicht arbeiten! Ja, es können nicht arbeiten die, welche mit ganzer Seele ihr Land lieb gewonnen haben und von Sehnsucht nach ihm verzehrt werden; es können nicht arbeiten die, welche vor noch so kurzer Zeit Zeuge der Brände und Zerstörung bei sich zu Hause waren; es können nicht arbeiten die Väter und Mütter, die auf ihrer Irrfahrt alle ihre Kinder begraben haben oder, getrennt von ihnen, nichts von ihrem Schicksal wissen. Es können nicht arbeiten die, welche auf der Wanderfahrt vor Hunger und Kälte ihre Kräfte verloren haben oder sich bis jetzt noch im Zustande der an Irrwahn grenzenden Verzeßlung befinden.

Und dennoch sind diese Leute gerade verurteilt zu sofortigen Strafen: mit der Entziehung der Unterstützung dafür, „daß sie nicht arbeiten wollen“. Haltet Ihr das für gerecht? Verloren sie ihr Hab und Gut und verließen sie die Heimat infolge eigenen Verschuldens?

übrigens werden auch diese Leute, wenn nicht heute, so doch morgen, selbst in der Fremde arbeitsfähig sein. Man muß ihnen nur das klägliche Leben einigermaßen einrichten. Lenken wir die Aufmerksamkeit auf solche charakteristische Abschnitte, wie die in den Artikeln des Herrn Mudin in der „Kijowska Mysl“. „Es ist eine charakteristische Tatsache, daß diejenigen Komitees den wenigsten schöpferischen Geist haben, welche am schlechtesten organisiert sind und daß sie die meiste Neigung zu Repressalien haben, auch die meisten Klagen über die „Faulheit“ der Vertriebenen vorbringen. Im Komitee zu Drenburg, welches glänzend arbeitet dank der Beteiligung der Intelligenz, sagt man mit Stolz: „Wir haben niemand, der nicht arbeiten will“. An anderer Stelle bemerkt der Verfasser, daß dort, wohin die Tätigkeit der sozialen Organisation nicht reiche, unter den Vertriebenen die größte Not und Verzeßlung herrschten.

Daher mögen die Ankläger unseres vertriebenen Volkes in die wirklichen Ursachen jener „Arbeitscheu“ eindringen und sie werden in ihren Urteilen gerechter sein, vorsichtiger im Verbreiten von Abneigung und von Vorurteilen, die so gefährbringend inmitten der russischen Bevölkerung sind.

Zenon Pietkiewicz.

Aus Nr. 62 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 2. März 1916.

Der russische Botschafter Herr Tswolski in Paris, ist bestürzt infolge der Artikel, welche in gewissen französischen Zeitungen aufgetaucht sind und die Unabhängigkeit Polens besprochen haben. Er hat an die Regierung die Bitte gerichtet, dagegen einzuwirken. Infolgedessen erhielt die Zensur in Paris den Befehl, ohne eine Verständigung mit der russischen Botschaft keine Artikel zu drucken. Als Beweggrund wurde angegeben, daß eine Einmischung in innere Angelegenheiten Rußlands nicht zugelassen werden könne.

Sind Kommentare nötig?

Aus Nr. 46 des Dziennik Slaski (Beuthen O. Schl.)
vom 26. Februar 1916.

Ruthenen gegen Polen.

Das Hauptorgan der galizischen Ruthenen „Dilo“, hat den in polnisch-galizischen Gegenden herrschenden gegenwärtigen Verhältnissen eine Reihe von Artikeln

gewidmet und kommt zu dem Schluß, daß die heutige Verschmelzung aller polnischen Gruppen und Parteien zu einem mächtigen Lager den Ruthenen nur zum Schaden gereichen kann. Das ukrainische Blatt gibt der Meinung Raum, daß die Ruthenen in dem geschlossenen polnischen Lager einen noch „gefährlicheren“ Feind haben, als in dem früher innerlich nicht geschlossenen Lager. Angesichts dessen verlangt die „Dilo“ kategorisch, die galizischen Ruthenen möchten auf der Hut sein.

Aus Nr. 110 des Czas (Krauk)

vom 1. März 1916.

Neue Bücher.

In den nächsten Wochen wird im Verlage der Firma Baumüller in Wien der erste Teil eines in deutscher Sprache von Dr. Roger Battaglia auf Anregung des Obersten Nationalkomitees bearbeiteten Werks erscheinen, welches das zukünftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, sowie die wirtschaftliche Zukunft Polens auf dieser Basis behandeln wird. Der erste Teil des Werkes enthält neben einer Vorrede des Vorsitzenden, Professor Jaworski, eine ausführliche Zergliederung der die wirtschaftliche Annäherung zwischen den Mittelstaaten betreffenden Pläne sowie der gegen diese Pläne erhobenen Vorwürfe. Die Arbeit stützt sich auf Quellenstudien und benutzt ein umfangreiches statistisches Material.

Auf Grund der Untersuchungen erklärt sich der Verfasser für die Eingehung eines Wirtschafts- und Zollbündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Im Rahmen dieser Neugestaltung der Verhältnisse soll und kann Polen, auf das politische System Mitteleuropas gestützt, volle Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse finden. Die Darstellung dieser Bedürfnisse sowie eine ausführliche Darlegung der Wege, welche zu ihrer Verwirklichung führen, wird den Inhalt der weiteren Teile des genannten Werkes bilden.

Aus Nr. 118 des Glos Narodu (Krauk)

vom 6. März 1916.

Neue Polenlieder 1914—1915,

gesammelt von St. Leonhard, S. 52, Krauk 1916. Verlag des Obersten Nationalkomitees.

Aus Nr. 430 des Wiener Kurjer Polski

vom 29. Februar 1916.

Herr Dmowski zweifelt an seiner Orientation.

Der Petrikauer „Dziennik Narodowy“ schreibt: Die Beratungen in Lausanne sind, wie man hört, ohne jedes konkrete Ergebnis verlaufen. Es bestätigt sich nicht die Mitteilung eines Krauker Blattes, daß an diesen Beratungen Herr Skrzynski und der Abgeordnete (?) Seyda teilgenommen hätten. Insgesamt nahmen an diesen Beratungen 5 Personen teil. Herr Dmowski legte den Versammelten die Ergebnisse seiner Reise nach London und Rom dar. Sein Referat klang sehr pessimistisch. Es geht aus ihm hervor, daß sich besonders London gegenüber der polnischen Frage sehr gleichgültig verhält und sie als eine innere Angelegenheit Rußlands betrachtet. Eine bessere Stimmung für die Polen herrsche in Rom, was jedoch ein geringer Trost sei, denn es sei bekannt, daß Italien in der polnischen Frage wenig zu sagen haben werde. Den allgemeinen Eindruck aus den Beratungen in Lausanne kann man in folgende Worte zusammenfassen: Die bisherigen Anhänger der „breitspurigen“ Orientation sind an dem guten Willen und an der Kraft Rußlands zur Regelung der polnischen Frage im Sinne der Polen verzweifelt und suchen eine neue Orientation. Man kann die Hoffnung hegen, daß bei der nächsten Zusammenkunft in Lausanne die gegenwärtigen Teilnehmer schon orientiert sein werden.